

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter,

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Postamt 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Postanschrift lautet: Wilsdruff, Postfach 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Postanschrift lautet: Wilsdruff, Postfach 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wagelpreis: die 8 gepaltene Kammer 20 Hefen, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Hefen, die 2 gepaltene Kammer 20 Hefen, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Hefen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Postanschrift lautet: Wilsdruff, Postfach 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 25. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2340 Montag, den 30. Januar 1928

Klaren Kopf behalten!

Es war in der Zeit der Reichskanzlerschaft Caprivis. Höher und immer höher schwoh die Not der Landwirtschaft, höher und immer höher aber auch die Erbitterung, so hoch, daß das Wort fiel: „Wenn die Herrschaften in Berlin nicht endlich ein Einsehen haben und uns helfen, dann werden wir Bauern mit Dreifachsegen und Sensen gegen Berlin marschieren.“ Die Landwirtschaft hat damals aber doch einen klaren Kopf behalten, schlug einen andern Weg ein, indem sie eine Organisation, den Bund der Landwirte, und damit eine starke politisch-wirtschaftliche Interessensvertretung schuf.

Ähnlich drohende Worte sind auch jetzt wieder gefallen; ein Vertreter der pommerischen Landwirtschaft sprach im Reichstag von dem Pulverfass, auf dem wir sitzen, und äußerte, zur Linken gewandt: „Glauben Sie ja nicht, daß Sie allein das Recht zur Revolution haben!“ Man braucht detariertes nicht gleich auf die Goldwaage zu legen, aber schließlich wird man auf der jetzt in Berlin stattfindenden Reichslandbundtagung kein Blatt vor den Mund nehmen. Aber damit sollte man sich denn doch nicht begnügen und hat sich auch nicht begnügt; positive Vorschläge, praktische Anregungen sind besser als nur zu klagen, zu schimpfen und zu drohen!

Es ist von großer Bedeutung, daß gerade jetzt in Berlin die „Grüne Woche“ stattfindet, eine große Ausstellung über die gesamte landwirtschaftliche Betätigung veranstaltet wird. Keinem Großstädter schadet das, wenn er einen Einblick in die Arbeit und damit auch in die Sorgen des Landwirtes gewinnt. Allzuviel Politisches, namentlich Parteipolitiches, blüht leider noch die Stellungnahme viel zu vieler. Dabei handelt es sich doch in der Not der Landwirtschaft um rein wirtschaftlich-finanzielle Dinge, jenseits jeder Politik. Handelt es sich um tiefen wirtschaftliche Werte. Wie viele Großstädter wissen denn z. B., daß allein der Wert der von der deutschen Landwirtschaft erzeugten Milch und der Milchprodukte sehr erheblich den Wert übersteigt, den unsere gesamte Kohlenzeugung darstellt! Und dabei ist doch keine Erzeugung nur ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Darüber Klarheit zu schaffen und damit eine lässige Beurteilung der jetzt so unrichtigen Frage zu ermöglichen, ist ein überaus dringendes Gebot der Stunde.

Schließlich ist doch auch der Großstädter durchaus nicht uninteressiert an dem Schicksal unserer Landwirtschaft; man muß sich bei klarer Überlegung doch sagen, daß Deutschland nicht bloß aus ernährungspolitischen, sondern vor allem aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen für eine möglichst große landwirtschaftliche Produktion im eigenen Lande zu sorgen hat. Unsere Handelsbilanz ist ja mit fast 4 Milliarden Mark passiv; dabei stellen den größten Einflusses selber die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Getränke dar, und es ist nie daran zu denken, diese Handelsbilanz aktiv zu gestalten, wenn nicht eine weitgehende Herabsetzung dieser Einfuhr herbeigeführt wird. Wir sind nicht in der glücklichen Lage wie England, auf solche Eigenproduktion in der Hauptsache verzichten zu können, weil die Einfuhr obengenannter Erzeugnisse bezahlt wird durch die Produktion und die Ausfuhr einer entsprechenden Menge industrieller Waren.

Da ist es nicht etwa bloß vom privat, sondern nicht minder vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten, wenn die Behandlung dieser Wunden und Schmerzen möglichst weit herausgerückt wird aus dem Kreis parteipolitischer Auseinandersetzungen. Dazu sind die Dinge zu ernst, zu ernst aber auch dazu, sie in demagogischer Form hüben oder drüben zu behandeln. Allseits den klaren Kopf zu behalten muß man daher verlangen können; sonst kann es wirklich zu der hier und da etwas leichtsinnig angedrohten Katastrophe kommen.

Der gute Wille dazu ist sicherlich vorhanden, nur ist es alles eher als leicht, den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft — und des mit ihr wirtschaftlich auf Gebeiß und Verderb verbundenen Mittelstandes in den kleinen und mittleren Städten — gerecht zu werden. Die Dawes-Lasten erreichen im Spätherbst zum erstenmal ihre volle Höhe und dadurch werden auch die Staatsausgaben hinausgeschraubt. Einig aber mit allen produzierenden Schichten des deutschen Volkes geht die Landwirtschaft darin, daß vor allem an einen radikalen Abbau dieser Staatsausgaben herangegangen werden muß.

Ein neue Erzgebirgsbahn.

In Oberleutensdorf hielten reichsdeutsche und tschechoslowakische Interessenten eine Beratung ab, um neuerdings Aussprache über ein Projekt zu pflegen, das reichlich seine 40 Jahre alt und trotzdem in seiner diesseitigen Hälfte über das Stadium der theoretischen Erörterungen nicht hinausgekommen ist. Es handelt sich um die Erzgebirgsbahn, die von W e l s a über D e u t s c h - N e u d o r f nach Sachsen führen soll. Altbürgermeister L a u s n i c h e r erklärte, wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ berichtet, sein Referat über die Genese und den derzeitigen Stand des Projektes, das im Jahre 1917 bereits der Vollendung nahe war und durch den Ausgang des Krieges wiederum in weite Ferne gerückt wurde.

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag unterzeichnet

Vor der Unterzeichnung.
Die Verhandlungen Dr. Streffens mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, die am Sonntag bis in die späten Abendstunden dauerten, haben zu keinem endgültigen Abschluß geführt. Sie sind um einen Tag vertagt worden.

Aber den Vertragsinhalt läßt sich soviel sagen, daß er in keiner Weise sich von den übrigen von Deutschland mit anderen Mächten abgeschlossenen Schiedsverträgen unterscheiden wird. Besondere Abmachungen oder Geheimkäufe sind in ihm nicht enthalten. Es werden außerdem noch mehrere kleinere Abkommen über Fischerei, über den kleinen Grenzverkehr usw. abgeschlossen werden. Dagegen werden sich die

Handelsvertragsverhandlungen voraussichtlich noch über mehrere Monate erstrecken, ehe es zum Abschluß eines vollständigen Handelsvertrages kommen kann. Die Frage einer Anleihe für Litauen scheint im Augenblick wieder in den Hintergrund getreten zu sein.

Im Vordergrund der bisherigen Besprechungen standen die Fragen der Rückzahlung und der Vieheinfuhr Litauens nach Deutschland. Es ist anzunehmen, daß beiderseits Delegationen ernannt werden, die auf der Basis der in Berlin gefundenen Lösung späterhin die endgültigen Handelsvertragsverhandlungen zu führen haben werden.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die Beratungen der deutschen und der polnischen Wirtschaftsvertreter dauern in Warschau an. Bisher tagten die vier Sachkommissionen, und zwar die landwirtschaftliche, die chemische, die Holz- und die Kohlen-, Hülsen- und Metallkommission. Ferner fand die zweite und letzte Plenarsitzung der Konferenz statt, in der die Berichte über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen verlesen wurden. Es wurde auf beiden Seiten festgestellt, daß die Beratungen

sehr nützliche und positive Erfolge für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen erzielt hätten, und es wurde beschlossen, zwecks Fortsetzung der ausgenommenen Arbeiten weiterhin den Kontakt zwischen den erweiterten Vorständen der beiden Delegationen aufrechtzuerhalten.

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag unterzeichnet.

Teilweise Einigung in anderen Punkten.
Berlin, 29. Januar. Wie die TL. erzählt, ist der deutsch-litauische Schiedsvertrag heute nachmittag zwischen drei und vier Uhr unterzeichnet worden. Gleichzeitig ist in einigen der weiteren Fragen, die zur Besprechung standen, eine Einigung erzielt worden, bis auf die Frage des Handelsvertrages, der in weiteren Besprechungen gelöst werden soll. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat Berlin heute nachmittag um 18,40 Uhr verlassen.

Im Verlaufe seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit dem Schicksal des Projektes in der Tschechoslowakischen Republik bis zum Jahre 1922, in welchen Jahren das tschechoslowakische Eisenbahnministerium eine diesbezügliche Eingabe über das Projekt unter Berufung auf die bestehenden vertraglichen Bestimmungen damit beantwortete, daß der Bau durchgeführt werden könne, wenn mindestens 30 Prozent der Kosten des Baues und des gesamten Investitionsaufwandes von den Interessenten sichergestellt werden oder wenn die Bahn ausschließlich auf Kosten der Interessenten durch eine Aktien- oder andere Gesellschaft geschaffen wird. Da der derzeitige Aufwand mit 60 Millionen Kronen errechnet wurde und der Beitrag der Interessenten daher 30 Millionen betragen müßte, war das Schicksal des Projektes schon bestimmt.

Die Gründung einer Aktiengesellschaft kam mit Rücksicht auf die Verkaufsbedingungen nicht in Betracht, so daß nur die einzige Möglichkeit blieb, daß die Bahn vom Staate selbst erbaut wird. Wenn der Staat dies nicht will, dann läme nur noch in Betracht, mit der tschechoslowakischen Regierung dahin zu verhandeln, daß sie den Ausbau der Strecke Deutsch-Neudorf-Wiesa übernehme. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß das Projekt von allen anwesenden Interessenten sowie von den Vertretern der Behörde auf das wärmste begrüßt wird. Die Notwendigkeit seiner Durchführung wurde allgemein anerkannt. Die Vertreter der Staatsbahnverwaltungen erklärten, daß sie von dem Projekt bisher keine Kenntnis hatten und daß daher eine verbindliche Stellungnahme ihrerseits nicht erfolgen konnte. Sie gaben jedoch gleich

30 Millionen für die Landwirtschaft.

Die Beihilfe der Reichsregierung. Dem aus landwirtschaftlichen Kreisen vielfach geäußerten Wunsch, die Rentenbank-Grundschuldzinsen ganz oder auch nur zum Teil auf öffentliche Mittel zu übernehmen, hat die Reichsregierung aus allgemeinen politischen Gründen verschiedener Art nicht entsprechen können. Sie ist jedoch bereit, zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft zwecks Sicherung der rationalen Fortführung der Betriebe einen einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Der Reichstag wird dazu in der allernächsten Zeit Stellung zu nehmen haben. Wenn die Mahnung ihren Zweck voll erreichen soll, wird die Reichsregierung in die Lage versetzt werden müssen, über diesen Betrag sofort zu verfügen.

Die deutsch-österreichische Stammesgemeinschaft.

Erhebung von Zell am See zur Stadtgemeinde. In Zell a. S. begannen die Festlichkeiten anlässlich der Eröffnung der Schmittenhöhebahn und der Erhebung der Marktgemeinde Zell am See zur Stadt. Unter den Ehrengästen befanden sich der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld und der deutsche Generalkonsul in Salzburg Dr. Breiter. Die Feyer begann mit der ersten Festigung der neuen Stadtgemeinde, in der Landeshauptmann Dr. Neherl die Urkunde überreichte, durch die Zell am See zur Stadt erhoben wird. Ferner traf der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ein, bei dessen Anwesenheit die Bergstation Schmittenhöhe bengalisch beleuchtet und auf dem Gipfel der Schmittenhöhe ein Feuerwerk abgebrannt wurde.

Ministerpräsident Dr. Held sprach den Dank für die Einladung aus und überbrachte die Grüße der bayerischen Staatsregierung. Wir sind gern gekommen, erklärte er, weil wir uns mit Ihnen eins fühlen, weil wir gleichen Stammes und gleichen Blutes sind. Stamm und Blut lassen sich keine Grenzen ziehen. Und wenn auch Staatsgrenzen bestehen, so gibt es für die Herzen keine Grenzen. Wenn man in der Umgebung der Stadt Salzburg wandelt, so freut man sich über die vielen Denkmäler der alten Zeit, welche beweisen, daß das bayerische Volk und das Salzburger Volk ein Volk sind. Wir freuen uns des von Ihnen trotz der großen Not der Zeit zustandegebrachten Besites.

Namens des bayerischen Städtebundes überbrachte Oberbürgermeister G l y p p Grüße und Glückwünsche. Er betonte, daß die deutsche Kultur in der Hauptsache auf der Geistesarbeit der deutschen Städte beruhe. Die großdeutsche Frage werde in erster Linie durch die deutschen Städte gelöst werden. Wann das Ziel dieses Zusammenstufes und in welcher Form es erreicht wird, wissen wir nicht. Doch das eine wissen wir, daß, wenn Österreich erst mit den übrigen deutschen Ländern in einem Staat verbunden sein wird, daß dies ein gewaltiges Erbe mitbringt: die jahrtausende alte christlich-deutsche Kultur.

zeitig die Versicherung, das Projekt in der anernächsten Zeit dringend prüfen zu wollen. Die Vertreter der tschechoslowakischen Gemeinden sprachen sich ebenfalls wärmstens für die baldige Verwirklichung des Projektes aus.

Ein gefälschter Mobilmachungsbefehl.

Aus dem Schred-Prozess. Im Spionageprozess Schred, der in Leipzig stattfindet, erklärte der Vorsitzende, bei der Fortsetzung der Verlesung des Schredischen Botschaften habe man auch auf einen gefälschten Befehl des deutschen Konsulats in Warschau, nach der bemerkenswerten Truppenverschiebungen in der Richtung auf die deutsche Grenze vorgenommen worden seien. In diese fingierte Nachricht habe Schred dann ein ganzes Archiv von gefälschten Dokumenten geknast vom tschechoslowakischen Mobilmachungsbefehl des Reichswehrministeriums anfangen bis zum „das Ganze hat“, das in einem mißbilligenden Tadel wegen unzuverlässiger und ungenauer Berichterstattung, den das Reichswehrministerium dem Nachrichtenmann des Konsulats in Warschau erteilt, ausgeht.

Als Zeuge wurde auch der deutsche Botschaftsrat Karl Wertens vernommen, gegen den ein Verfahren wegen Landverrat angedeutet. Wertens, der sich diesem Verfahren durch seine Überzeugung nach Genf entzogen hatte, war von der Oberreichsanwaltschaft freigesetzt worden. Wertens sagte aus, daß der angebliche Einweisungsbefehl in der Botschaftszentrale Schred's hergestellt ist.

Sänger, Hergt und Fria.

Skandal im Walfot-Bau.

Die heftigen Angriffe, die der sozialdemokratische Abgeordnete Sänger während der Justizdebatte im Reichstag gegen die bayerische Justiz gerichtet hatte, in denen er das Einverständnis des Reichsanwalts gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Raab und den General Löffler forderte, riefen nachmals den Justizminister Hergt auf die Rednertribüne. Er betonte hierbei, daß es sich bei den Ausführungen des Abg. Sänger nur um persönliche Meinungen des Redners gehandelt habe, da die Arbeiten des bayerischen Untersuchungsausschusses noch nicht abgeschlossen seien. Weiter sagte der Minister, daß er den von ihm auf die Verfassung abgelegten Eid loyal halten und keine illoyale formalistische Auslegung der Verfassung unternehmen werde. Der bayerische Staatsrat von Rühlmann wies darauf hin, daß die Fälle Raab, Löffler und Seiffert auch vom Oberreichsanwalt geprüft worden seien, der auf Grund der objektiven Tatsachen gleichfalls die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt habe.

Bei der dann folgenden Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Fria kam es zu lärmenden Kundgebungen. Abgeordneter Dr. Fria verlangte eine Amnestie für die Fremdmörder, für den am Rathenau-Mord beteiligten Lechow und für die Erzberger-Mörder Schulz und Tilsen. Die Schuld der letzteren wolle jederleicht gegenüber den todeswürdigen Verbrechen, welche die Erzberger und Genossen gegen das deutsche Volk begangen hätten. (Stürmische Proteste und Entrüstungskundgebungen links und im Zentrum. Vizepräsident Graf rief den Redner zur Ordnung.) Als der Redner weiter ausführte, Erzberger habe das deutsche Volk wehrlos gemacht, kommt es zu neuen Entrüstungskundgebungen. Redner verlangt unter wachsender Unruhe der Linken die Anklage wegen Landes- und Volksverrats gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Scheideemann und gegen den Reichspräsidenten Ebert. Die Erregung in den Reihen der Sozialdemokraten und Kommunisten steigert sich. Der kommunistische Abgeordnete Florin rief den Redner wiederholt „Lump!“ zu. Er wird dreimal zur Ordnung gerufen und aus dem Saale gewiesen. Hierauf springt der kommunistische Abgeordnete Behr unter allgemeinem Lärm auf die Rednertribüne und droht dem Redner, Wälfische und deutschnationale Abgeordnete kommen von rechts, Kommunisten von links die Treppe zur Rednertribüne heraus. Der Abgeordnete Behr wird nach wiederholten Ordnungsrufen aus dem Saale gewiesen.

Nach eingetretener Ruhe richtet der Redner weitere Angriffe gegen lebende und tote Republikaner. Die Angriffe werden links und in der Mitte mit Entrüstungsrufen beantwortet. Die Abgeordneten verlangen vom Präsidenten Einschießen gegen den Redner. Ein Kommunist ruft dem Vizepräsidenten zu: „Wenn das so weitergeht, hole ich Sie herunter!“ Der Redner fordert die Strafverfolgung des preussischen Staatssekretärs Dr. Weismann und des preussischen Abgeordneten Hellmann und schließt unter großer Unruhe mit scharfen Angriffen gegen die Republik seine Rede.

1371000 Arbeitslose.

Weitere geringe Zunahme.

In der Zeit vom 1. bis 15. Januar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nur noch in verhältnismäßig geringem Umfang gestiegen, und zwar von rund 1 183 000 auf 1 371 000 oder um 15,4 Prozent; in den vorhergehenden vierzehn Tagen betrug die Zunahme bekanntlich 43,1 Prozent. Auch diesmal ist die Steigerung bei den männlichen Arbeitslosen (von 1 037 000 auf 1 201 000 oder um 15,8 Prozent) stärker als bei den weiblichen (von 151 500 auf 170 500 oder um 12,5 Prozent).

Eine ähnliche Entwicklung zeigt die Arznenfürsorge. Hier stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von rund 177 000 auf 191 300 oder um 8,1 Prozent, die der weiblichen von 34 400 auf 36 900 oder um 7,3 Prozent. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arznenfürsorge betrug also am 15. Januar insgesamt 228 200 gegenüber 211 400 am Ende des vorigen Monats, die Zunahme mithin 7,9 Prozent.

Erst eine wärmere Bitterung wird durch Behebung des Baumarktes und Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften voraussichtlich eine wesentliche Besserung bringen.

Arbeiterentlassungen im Saarbergbau.

Die Vertreter der Saarbergbauorganisationen waren zu Besprechungen auf der Bergwerksdirektion in Saarbrücken eingeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß trotz aller Bemühungen bessere Absatzmöglichkeiten nicht gefunden worden seien. Es bliebe nichts anderes übrig, als die Arbeitslosen bezuglos zu lassen oder Entlassungen vorzunehmen. Man habe sich dahin entschieden, Ende Februar weitere 4000 Mann der Belegschaft zu entlassen. Die Vertreter der Organisationen wurden aufgefordert, zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Eine Einigung kam nicht zustande. Es sollen in nächster Zeit weitere Verhandlungen stattfinden.

Kleine Nachrichten

Die Arbeitszeit in der Großindustrie.

Essen. Das Reichsarbeitsministerium hat auf die ihm zugewandten Anträge, das Inkrafttreten der Verordnung über die Arbeitszeit in der Großindustrie vom 16. Juli 1927 aufzuschieben, entschieden. Auf Grund der von den örtlichen Stellen vorgenommenen Nachprüfung wurde in 13 Fällen ein Ausschub bewilligt, die übrigen Anträge wurden abgelehnt. Der Ausschub betrifft in erster Linie die Metallwerke; zugehörige Maßwerte wurden nur in sieben Fällen mitbewilligt.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichspräsidenten.

Berlin. In einem von den Bundesführern Selber und Lührberg unterzeichneten Schreiben bitten der Reichspräsident, Bund der Frontsoldaten, der Herr Reichspräsidenten und Generalkommandant von Hindenburg um Amnestierung des zum Tode verurteilten Oberleutnants a. D. Paul Schütz und seiner Mitverurteilten Klapproth, Umhofer und Hubmann. In dem Schreiben heißt es: Todesurteile und schwere Jugendstrafen sind gegen diese Männer verhängt worden, weil sie, in Zeiten härtester Bedrängnis sich selbst überlassen, das Vaterland von Verrätern befreien zu müssen glaubten. Es handelt sich um Soldaten, die sich im Kriege in den Grenzschutzkämpfen und um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in den Nachkriegsjahren hervorragende Verdienste erworben haben. Die Befreiung der Verurteilten ist eine deutsche Gewissens- und Ehrenfrage.

Vorstandschaft des Zentrums.

Berlin. Der Parteivorstand des Zentrums hat eine Sitzung abgehalten, an der unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Reichspräsidenten Dr. Marx fast sämtliche Vorstandsmitglieder teilnahmen, darunter die Minister Brauns, Steiger

und Hirtfelder, ferner die Abgeordneten Steigerwald und Dr. Birtz sowie Fürst Löwenstein. In der mehr als fünfständigen Aussprache wurden die politische Lage und die Fragen, die in der Partei gegenwärtig eine große Rolle spielen, eingehend verhandelt, ohne daß zu irgendeiner Frage Beschlüsse gefaßt wurden. Erst in der Sitzung des Reichsausschusses wird die Auffassung der Partei zu den behandelten Fragen in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht werden.

48 Prozent Zinsen!

Berlin. In einem Berliner Lombardhaus (unter den Linden) wurden Millionenbeträge entlehnt. Durch Agenten wurden Geldgeber gesucht, denen die lombardierten Waren als Pfand zugesichert wurden. Berliner Kunden erhielten für ihre Darlehen 48 Prozent Zinsen, solche aus der Provinz 36 Prozent. Die eingebrachten Waren wurden siebenmal verpfändet! Die Gläubiger sind um 3 Millionen geprellt. Die Kriminalpolizei machte dem Treiben ein Ende.

Rudolf Sendig gestorben.

Rudolf Sendig, der Restor der deutschen Hotelindustrie, der Gründer und langjährige Generaldirektor des Europahotels in Dresden, der Ehrenbürger von Schandau, ist am Sonnabend an Herzschwäche gestorben. Vor drei Wochen noch konnte er in seltener Frische seinen achtzigsten Geburtstag feiern. Am Montag, nachmittags 3 Uhr, wird in der Stadtkirche von Bad Schandau eine Trauerfeier stattfinden. Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 1. Februar, 1/2 Uhr nachmittags, im Städtischen Krematorium Tolleswig statt.

Mit Rudolf Sendig ist eine der populärsten Erscheinungen des Dresdens der Vorkriegszeit dahingegangen. Er hatte neben dem alten berühmten Hotel Bellevue an der Elbe nach der Verlegung des Hauptbahnhofes auf die Altkönig Seite das erste moderne Hotel Dresdens, den Europahof an der Prager Straße, geschaffen und hatte gleichzeitig am Beispiel der Sächsischen Schweiz

gezeigt, daß man auch an kleinen Orten mit großen Hotelanlagen Fremdenverkehr schaffen kann.

Er hing klein an und arbeitete so geschickt, daß nach wenig Jahren die Sendig-Hotels in Schandau den gleichen Ruf gewannen wie sein Dresdener Haus, dem er später entsprechende Hotels in Nürnberg, dicht beim Hauptbahnhof, und in Wiesbaden angliederte.

Als er siebzig Jahre alt wurde, veröffentlichte er einen Band „Erinnerungen, Diskretes und Indiskretes“. Ein gut Stück der Vorkriegszeit steckt darin, Begegnungen mit allen möglichen Verhältnissen seiner jüngeren Jahre, die er fast alle einmal unter seinen Gästen sah — Anecdotes aus dem Dresdener König Alberts und König Georgs, Aufstiegs und Erstes, wie es der Tag und der Beruf ihm brachte. Er hat sich damit selbst das beste Denkmal gesetzt.

Ostschafentag der Deutschen Volkspartei

Bautzen, 20. Januar. Als verheißungsvollen Auftakt zu den kommenden Wahlen hielt der Wahlkreisverband Ostschafentag der Deutschen Volkspartei am Sonntag in Bautzen seinen äußerst zahlreich besetzten Wahlkreisvertretertag ab. Der Nachmittag brachte die Wahlkreisvertretertagung, auf der nach kurzen Worten der Begrüßung Reichstagsabgeordneter Malermeister Haemann ein ausführliches Referat über die mittelständische Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftspolitik hielt. Als zweiter Redner sprach Erz. Dr. Heinze über die politische Lage im Reich. Im Mittelpunkt der deutschen Innenpolitik stehe augenblicklich das Reichsschulgesetz, dessen Inhalt der Redner in kurzen Zügen erläuterte, um sodann auf die vielumstrittene Ley Caronia einzugehen. Da es unmöglich sei, die bestehenden sächsischen Schulen ganz zweifelsfrei in eine der im Reichsschulgesetz genannten Schultypen einzugliedern, habe der Bildungsausschuss des Reichstags mit Mehrheit beschlossen, die sonst für die Umwandlung von Schulen in eine andere Schultypen vorgesehene Zweidrittelmehrheit auf einfache Mehrheit dann zu beschränken, wenn im Lande seit der Revolution eine grundlegende Aenderung des Charakters der Volksschule durch die Landesgesetzgebung erfolgt sei. Die hierüber in einem Teil der sächsischen Presse entfaltete Aufregung sei künstlich und ungerechtfertigt. Nachdem der Vortragende die Schwierigkeiten der Behandlung des ganzen Reichsschulgesetzes näher erläutert hatte, kam er auf die Gefahren zu sprechen, die mit dem coll. Scheitern des Gesetzes verbunden seien.

Mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen schloß Dr. Heinze unter großem Beifall seine Darlegungen.

Als letzter der Redner in der Wahlkreisvertretertagung ergriff Staatsminister a. D. Bünger das Wort über die politische Lage in Sachsen. Als einziges größeres Ergebnis des Landtages buchte der Vortragende die Genehmigung der Befolgsordnung, an deren Durchführung wie im Reich, so auch hier in Sachsen, die Deutsche Volkspartei wesentlichen Anteil habe. Auf die Frage des Einheitsstaates u. der Verwaltungsreform übergehend, drückte der Vortragende seine Enttäuschung über den Mißerfolg der Länderkonferenz in Berlin aus. Für eine wirklich praktische Durchführung des Einheitsstaates forderte der Vortragende zunächst die Befreiung aller Erbköfen, weiter ein Aufheben der kleineren Länder in die größeren, die sich dann zu mittleren Staaten vereinigen könnten. Hierbei legte der Redner die Wünsche Leipzigs dar, das für Sachsen angestrebt haben wolle, daß sich der Freistaat Sachsen mit Thüringen auf der Basis des mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes zunächst einmal näher komme. In erster Linie sei gerade für den westlichen Teil Sachsens eine Rechtsangleichung besonders erforderlich. In den kommenden Wahlsamstag solle man nicht mit zu großem Pessimismus gehen. Die Verbekraft des deutschvolksparteilichen Gedankens habe sich immer durchgesetzt.

Damit war die offizielle Wahlkreisvertretertagung zu Ende, an die sich ein zweiter interner Teil angeschlossen.

Ludendorff in Dresden.

Gewaltige Menschenmassen wanderten am Sonnabend abend nach dem Firtus in Dresden, galt es doch, dem von der großen Zeit des Krieges her bekannten General Ludendorff in seinem Vortrag an das deutsche Volk zu lauschen.

Gegen 7.45 Uhr waren fast alle Plätze besetzt. Nachzügler kamen noch kurz nach acht Uhr und dann kurz vor 8.15 Uhr General Erich Ludendorff in schwarzem Gehrockanzug, begleitet von einigen seiner Freunde und begann sofort seinen Vortrag.

Er schilderte, wie vor tausend von Jahren das deutsche Volk eine Einheit gebildet habe, in Stämme geteilt, rein von fremdländischem Blut, und wie eine Kultur von deutschem Schaffen

damals schon hinaus in die Welt gezogen, erfüllt vom „deutschen Gott“ ohne jüdische Völkerverfälschung.

Später hätten sich fremde Blutmischungen und fremde Geisteswirkungen geltend gemacht. Es sei später wieder bei den Freiheitskriegen eine Volkseinheit aufgekommen, die später durch fremde Parasiten geschädigt bis zum großen Jahre 1870. Da sei eine allgemeine Volkseinheit möglich gewesen, wenn nicht überstaatliche Mächte das verhindert hätten.

Als sein besonderes Stedensperd zog der General immer wieder die überstaatlichen Mächte heran und machte sie verantwortlich für alles Elend, und hier nannte er immer gemeinschaftlich Juden, Jesuiten und Freimaurer.

Wenn wir Deutsche auch alle wissen, daß durch das Judentum und Jesuitentum viel schädliche Einwirkungen auf das deutsche Volk gekommen, so kann doch niemand den Beweis bringen, daß das Elend auch durch Freimaurer geschehe. Es ist eine große Verblendung und kaum zu glauben, daß ein Mann wie General Ludendorff so etwas in die Welt setzen kann. Hierdurch, durch seinen Kirchenaustritt und durch seine Scheidung von seiner ersten Frau hat er in seiner Achtung beim deutschen Volke nicht gewonnen! Vieles im Vortrag war entscheidend anzuerkennen, so zum Beispiel der Gedanke der Volksgemeinschaft, der nach 1813, nach 1870 und auch später viel zu wenig gepflegt sei. Es hätte Anerkennung der werktätigen Arbeit staifinden müssen, doch sei es dazu bis zur Revolution nicht gekommen. Am Koppel des deutschen Soldaten müssen stehen: „Mit Gott und Volk für König und Vaterland!“

Er führte dann ferner aus: vor 1914 hätte Deutschland mehr rüsten müssen. Wenn es so gekommen, wie er gewollt, daß das ganze Volk wehrfähig gemacht wurde, dann wäre der Krieg nicht gekommen. Es mußte die allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden! Auch 1917 wurden noch die Fehler der allgrößten Friedensbereitschaft gemacht und hätten dem deutschen Heere viel geschadet.

Ferner hätten wieder Juden, Jesuiten und Freimaurer mit am Werke gearbeitet, daß das Elend im Lande noch größer geworden und das Ausland schließlich seinen Zweck erreicht und uns zur Unterjochung gezwungen hätte.

Der U-Boot-Krieg hätte früher beginnen müssen. Aber durch die Erklärung des Papstes und durch Betreiben der überstaatlichen Mächte wurde auch das verhindert und dieselben Mächte hemmen auch heute noch die Entstehung einer Volkseinheit. Die immerwährende Behauptung, daß Freimaurer mit Juden und Jesuiten Schuld am Elend seien, vermindert sehr den Vortrag. Wenn man etwas behauptet, so muß man auch Beweise bringen und die schelten für die Anschuldigungen gegen die Freimaurer ganz und gar und angebliche Beweise waren nicht schlüssig.

Nach seinem 1 1/2stündigen Vortrag sprach dann Frau Mathilde Ludendorff und zwar in einer herausfordernden Weise und mit Anwürfen und Anschuldigungen gemeinster Art, so daß jeder Anwesende empfinden mußte, daß hier keine Veröhnung der Volksgenossen, sondern Haß und Anfeindung gefaßt wurde. Der ganze Vortrag, der auch 1 1/2 Stunden dauerte, strotzte von einseitigem Haß und war hauptsächlich gemünzt gegen die Freimaurer, gegen die „eine förmliche Vagenheit geschleudert wurde. Wenn man bei den Anwürfen des Generals schon den Gedanken haben mußte, daß die Kraft, die unfeindlich in diesem großen Mann wohnt, eines besseren wert wäre und man sagen konnte: „Saul, Saul, warum verfolgst du mich?“ so mußte man sich bei den Reden der Frau Ludendorff mit Absehen wenden gegen den lägerischen Inhalt.

Es war auch deshalb wohl keine Meinung zur Debatte, denn es gibt eine Grenze des Anstandes und der Liebe zur Wahrheit; wenn die überschritten ist, dann schweigt des Sängers Höflichkeit.

Im allgemeinen konnte man den Eindruck mit wegnehmen, sowohl General Ludendorff wie besonders seine Frau haben in ihrer Achtung durch ihre Vorträge nicht gewonnen, denn durch Haß und Lügen kann keine Volksgemeinschaft zum Aufbau kommen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 30. Januar 1928.

Wertblatt für den 31. Januar.

Sonnenaufgang	7 ¹¹	Rondaufgang	11 ¹¹
Sonnenuntergang	16 ¹¹	Mondundergang	2 ¹¹

1866: Der Dichter Friedrich Rückert gestorben.

Aus dem Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung. Das Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung Nr. 2 vom 26. Januar enthält Bekanntmachung über die Vergütung für Ausbilfsunterricht an den höheren Lehranstalten und über Vergütung für Ausbilfsunterricht an den Volkshochschulen, Fortbildung-, (Berufs-) und Pflanzschulen und für die unterrichtliche Tätigkeit der im Nebenberuf beschäftigten Lehrkräfte an diesen Schulen.

Wandrats-Abfertigung. Herr Stadtverordneter Paul Neumann a. n., der bekanntlich schon seit längerer Zeit dem Konsumverein als Geschäftsführer vorsteht, hat nunmehr mit der Verlegung seines Wohnsitzes nach Freital sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Sein Weggang wird allgemein bedauert. An seine Stelle tritt Herr Max Rirsch ins Kollegium. Als Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse fungiert Herr Neumann weiter.

Die Freiwillige Feuerwehr hielt am vergangenen Sonnabend eine Sonderübung ab. Als Hauptzweck der Übung galt die Ausprobierung des Schlauchmaterials der Motorspritze Wasserdruck 15 Atmosphären) auf langem Leitungswege. Die Motorspritze war zu diesem Zwecke auf der Brücke der Dresdener Straße aufgestellt. Das Wasser wurde aus dem Soudach entnommen und hatte einen langen Weg, den Quanschen Berg hinauf nach der Gärtnereianlage zu nehmen. Einen weiteren Versuch zur Prüfung des Schlauchmaterials nahm man am Sonntagvormittag auf der Friedhofstraße vor. Geprüft wurde hier die Widerstandsfähigkeit des Schlauchmaterials auf kurzem Wasserwege. Das Ergebnis wird in der Dienstvermittlung morgen Dienstag mitgeteilt werden. De. MGB. „Sängertanz“.

Die außerordentliche Versammlung am Sonnabend wurde vom zweiten Vorsitzenden, Sangsbruder Wilsdruff, mit begrüßenden Worten eröffnet. Nach der einstimmig erfolgten Aufnahme eines neuen Mitgliedes wurde die Niederschrift über die Gesamtvorstandsitzung verlesen, die sich mit der plötzlichen definitiven Amtsniederlegung des ersten Vorsitzenden, Sangsbruder Wilsdruff, befaßte. Für den Posten wurden vier verschiedene Vorschläge gemacht, und die mit Stimmzettel vorgenommene Wahl fiel mit allen gegen zwei Stimmen auf Sangsbruder Otto Trepte, der das Amt auch annahm. Ein ihm freudig entgegengebrachter Sängerspruch begrüßte ihn. Dem bisherigen ersten Vorsitzenden Jernert, der im Gesamtvorstande des Vereines weiter verbleibt, widmete Herr

Siebert
für die
Herbst
sich eine
Gr
Zabresh
Mitglied
und so
wegen G
Piemig
anderer
sicherung
für Ber
blänkt
gaben
dorna
not d
Kobrita
dot sich
lassen s
wachsen
wie der
muß. I
verband
„Heim
einen T
für die
besaßte.
Anpette
Schi
Erlich
Wohl
letzte S
zur Sp
Sache u
doch all
reform
schläge
daß er
Er sei
der Be
hin, die
schlagen
und M
man n
große
Sade u
wissen.
sprache
verordn
unterne
Heg
stimmig
resberid
Zeit we
trag an
Herr S
stande v
Verren
ergeben
br o n t
der weg
aus B
Dreier
ber ur
Schluß
Gesamt
sitzende
eins ge
sich die
Do
tschaupt
Jonba
grüße i
kann, d
der für
Sonnab
zu bewi
wieder e
12 Miß
34 freie
Ende d
lassen
Dhnen
verlame
denen i
Kallere
nahme
Der Ue
Vereins
war ge
d o f z
den, d
des Ra
dingen
durch
amar de
G e i f
führer).
(Beitrag
Steber
norder
kon von
den. T
Die von
9. Mar
über
tungsst
im We
Nähe
der M
erschöp
vorstän
Vereins
den W
runpau
Wilsdr
Anzahl
Verfich
machun
D
aus 86
uar 19

Viederweiser P. Dienlich warme Worte der Anerkennung für die Mühe und Tatkraft, mit der er den Verein jederzeit gefördert habe. An die Erledigung des geschäftlichen Teiles schloß sich eine Übungsstunde an.

Grund- und Hausbesitzerverein. Die siebente abschließende Jahreshauptversammlung am Sonntag war von reichlich 40 Mitgliedern besucht. Herr Hildebrand begrüßte dieselben und gab ein Rundschreiben des sächsischen Verbandes bekannt wegen Erhöhung des Bezugspreises der Verbandszeitung um zehn Pfennige pro Vierteljahr. Die Erhöhung trägt die Vereinskasse, die andererseits eine Mehreinnahme in der Rückvergütung der Versicherungsgesellschaft hat. Gewarnt wird vor falschen Werbemethoden für Versicherungen. Die Anfrage wegen der diesjährigen Wohnverhältnisse ist nun beantwortet worden und deckt sich mit den Angaben im Verwaltungsberichte der Stadt. 40 Familien seien demnach ohne eigene Wohnung, das beweist, daß die Wohnungsnot durch die Zwangswirtschaft immer schlimmer werde. Die Fabrikationsfirma des neuen Kattenerilgungsmittels „Rattum“ hat sich angeboten, einen Vortrag über Kattenerilgung halten zu lassen. Man ist einstimmig dafür, da Kosten nicht daraus erwachsen und andererseits der Kattenerilgung seitens der Stadt wie des Grundbesitzes große Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Unter Eingänge wurden noch zwei Schriften des Zentralverbandes erwirbt: „Wohnungsproblem der Gegenwart“ und „Heimrecht“. Dann gab Herr Hildebrand in großen Zügen einen Tätigkeitsbericht der bürgerlichen Stadtverordnetenfraktion, der sich des Stieres auch mit der Stellung zur Beamtenfraktion befaßt. Dazu und zu besonders wichtigen Punkten gab Herr Inspektor Lehmann seine persönliche Ansicht kund. Herr Schlichenmaier empfahl, unter das abgelaufene Jahr einen Strich zu machen und in Zukunft zu versuchen, gemeinsam für das Wohl der Einwohnerschaft zu arbeiten. Beim Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung kam auch die Amtserichterfrage mit zur Sprache. Herr Hildebrand ging ausführlich auf die Sache und die ganzen Schwedischen Vorschläge ein und betonte, daß alle Wirtschaftskreise seit Jahr und Tag die Verwaltungsreform forderten und er als Vertreter der Wirtschaft diese Vorschläge im großen und ganzen begrüße. Das bedeute aber nicht, daß er damit für Aufhebung des Bilsdruffer Amtsgerichts sei. Er sei mißverstanden worden. Seine Stellung gegen den Antrag der Beamtenfraktion sei lediglich der Ausdruck seines Willens dahin, die Verwaltungsreform nicht schon von vornherein zu zerlegen, sondern ihre Durchführung von eingehenden Erwägungen und Nachprüfungen abhängig zu machen. Die Herren Lehmann, Lohner, Hennig und Ziemer betonten die große wirtschaftliche Bedeutung des Amtsgerichts für unsere Stadt und wollten alle Mittel für seine Erhaltung angewandt wissen. Herr Schlichenmaier gab als Ergebnis einer Aussprache der Arbeitsgemeinschaft bekannt, daß die bürgerliche Stadtverordnetenfraktion alle für die Erhaltung des Amtsgerichts zu unternehmenden Schritte unterstützen werde, was auch Herr Heeger bekräftigte. Die Versammelten sprachen schließlich einstimmig den bürgerlichen Vertretern ihr Vertrauen aus. Der Tagesbericht sowie zwei weitere Punkte wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt. Den Kassenericht trug anstelle des durch Krankheit verhinderten Herrn Seemann Herr Schlichenmaier vor. Die Rechnung schloß mit einem Bestande von rund 634 Mark ab. Als Kassensprüfer wählte man die Herren Robert Geißler und Ziemer. Die folgenden Neuwahlen ergaben die einstimmige geheime Wiederwahl des Herrn Hildebrand als ersten Vorsitzenden. Anstelle des Herrn Seemann, der wegen Krankheit endgültig abgetreten hatte, wurde Herr Magnus Weise als Kassierer gewählt. Durch Zuzug blieben die Herren Otto Veitbold als erster Schriftführer und Schreiber und Burkhardt als Vesper in ihren Ämtern. Vor Schluß der Versammlung dankte Herr Schlichenmaier dem Gesamtvorstand und im besonderen dem rührigen ersten Vorsitzenden für die im abgelaufenen Jahre im Interesse des Vereins geleistete große Arbeit. Zum Zeichen des Dankes erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Domopatrischer Verein. Die siebente abschließende Jahreshauptversammlung fand gestern nachmittags 4 Uhr in der „Donhalle“ statt. Der Vorsitzende, Herr Kurt Richter, begrüßte die zahlreich erschienenen Damen und Herren und gab bekannt, daß der Verband in Dresden einen Rednerkursus abhält, der für die Vereinsmitglieder kostenlos ist. Da er bereits nächsten Sonnabend beginnt, sind Anmeldungen sofort beim Vorsitzenden zu bewirken. Der vom letzten vorgetragene Jahresbericht konnte wieder einen erfreulichen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Während 12 Mitglieder durch Wegzug usw. ausgeschieden, traten 21 neue und 34 freiwillige Sterbefallmitglieder bei, so daß der Bestand am Ende des Jahres 406 Mitglieder und 188 freiwillige Sterbefallmitglieder betrug. 5 Mitglieder schieden durch Tod aus. Ihnen galt eine stille Minute des Gedenkens. Neben den Monatsversammlungen wurden 5 belehrende Vorträge gehalten, von denen die letzten außerordentlich gut besucht waren. Der vom Kassierer Geißler erstattete Kassenericht wies bei einer Einnahme von 5682 Mark einen Bestand von rund 938 Mark auf. Der Ueberfluß des letzten Jahres betrug etwa 200 Mark, das Vereinsvermögen insgesamt 1100 Mark. Das Rechnungswert war geprüft und in bester Ordnung befunden worden. Herr Imhof war von den dienstlich verhinderten Redatoren gebeten worden, dies bekannt zu geben und beantragte gleichzeitig Entlassung des Kassierers, was einstimmig geschah. Die folgenden Wahlen gingen sehr glatt vor sich. Die Auscheidenden wurden alleamt durch Zuzug einstimmig wiedergewählt und nahmen auch an und zwar die Herren Louis Müller (weiterer Vorsitzender), Richard Geißler (erster Kassierer), Willy Birkner (zweiter Schriftführer), Hugo Imhof (weiterer Wählerwart), Hermann Kästing (Vesper), Magnus Weise (Rechnungsprüfer). Die vielen Sterbefälle machten bereits im abgelaufenen Jahre eine Steuererhebung nötig. Nach Lage der Sache mußte für dieses Jahr schon von vornherein auf eine Steuererhöhung zugesehen werden. Der Verein war bisher der billige im ganzen Verbands. Die vom Vorstand beantragte Erhöhung des Jahresbeitrages auf 9 Mark für alle und 4 Mark für freiwillige Sterbefallmitglieder wurde einstimmig angenommen. Von der Feier des Stiftungsfestes will man dieses Jahr absehen, dafür soll aber etwa im Mai ein Ausflug mit anschließendem Tanz stattfinden. Das Nähere wird dem Gesamtvorstande überlassen. Da Anträge seitens der Mitglieder nicht eingegangen waren, war die Tagesordnung erledigt. Herr Puppe nahm noch Gelegenheit, dem Gesamtvorstand und besonders dem Vorsitzenden für die Führung der Vereinsgeschäfte herzlich Dank zu sagen, was durch Erheben von den Plätzen seitens der anwesenden Mitglieder bekräftigt wurde. Wohl der Versicherungsvertreter als Vesper des Versicherungsausschusses Bilsdruff. Für das Versicherungswesen der Stadt Bilsdruff sind je sechs Versicherungsvertreter, sowie die gleiche Anzahl Stellvertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen. Das Nähere sagt die amtliche Bekanntmachung in dieser Nummer.

Der öffentliche Arbeitsnachweis Kößig und Umgegend teilt uns über die Arbeitsmarktlage in der Woche vom 22. bis 28. Januar 1928 folgendes mit: In der Berichtswache hat sich der Bestand an Arbeitsuchenden gegen die Vorwoche um 22 vermehrt. Die Landwirtschaft meldete Bedarf an eingerichteten Arbeitskräften, der wieder zum größten Teil ungedeckt bleiben mußte. Es wird aber versucht werden, dem Arbeitermangel durch Heranziehung von sächsischen Saisonarbeitern nach Möglichkeit abzuwehren. Sehr gering war die Nachfrage nach Facharbeitern aus dem Metallgewerbe. Im Baugewerbe hielt der Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden an, insbesondere fand eine große Zahl Bauhilfsarbeiter Unterkommen. Sehr gute Unterbringungsmöglichkeiten bestanden für schulfreie Haus- und Küchenmädchen. Für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen gingen nur vereinzelt offene Stellen ein. Am Ende der Berichtswache waren 536 männliche und 178 weibliche Arbeitsuchende eingetragen, insgesamt also 714. Davon bezogen 488 männliche und 96 weibliche Personen Unterbringung.

Grund-Mohren. (Jahreshauptversammlung.) Sonnabend wurde im Vereinslokal zu den Eichen die diesjährige Hauptversammlung des Gesangsvereins abgehalten. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Mitglieder und dankte zunächst Lehrer Sebe für seinen aufgewandten Fleiß, die er dem Verein bewiesen und für seine Unregelmäßigkeit, mit der er in den Vereinsabenden gearbeitet. Nach kurzem Jahresbericht durch Lehrer Sebe ermahnte er zu weiterem treuen Belust der Singabende und weiterem Festhalten zur Liebe zum deutschen Lied. Kassierer Kurt Kretschmar erläuterte den Kassenericht, der zeigte, mit welcher Umsicht der Vorsitzende P. Seifert sein Amt geführt. Als Kassensprüfer wählte man die Sangesbrüder Max Schmidt und Oskar Schold. Da die Statuten vom Jahre 1899 in einigen Punkten einer Veränderung bedürfen, beschloß man, durch einen Nachtrag diese ergänzend zu berücksichtigen. Da der Vorsitzende sein Amt niederlegte, übertrug man dasselbe Sangesbrüder Otto Kretschmar, die übrigen Ämter blieben auf weitere drei Jahre in den bisherigen Händen.

Kirchennachrichten
Wilsdruff. Mittwoch den 1. Februar: Abends 8 1/2 Uhr Jungmännerverein (Jugendheim).
Vereinskalendar.
Priv. Schützengesellschaft. Montag, 30. Januar im „Schützenhaus“ Jahreshauptversammlung.
Frauenverein. Montag den 30. Januar Hauptversammlung in der „Tonhalle“.
Freiwillige Feuerwehr. Dienstag, 31. Januar im „Amts Hof“ Dienstversammlung.
Verein für Natur- und Heimatkunde. Dienstag 31. Januar im „Löwen“ Jahreshauptversammlung.

Wetterbericht
Zunehmende Bewölkung. Temperaturen um und über dem Gefrierpunkt. Nachfröste. Gebirge etwas kühler und nebliger. Nur örtliche geringe Niederschläge (zumeist als Regen bis auf die höheren Gebirgslagen). Winde mäßiger Stärke aus Südwest bis Nordwest.

Sachen und Nachbarchaft

Sächsischer Lebenshaltungsinde.
Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtanzahl der Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Januar 1918 (Vorriegezeit) gleich 100. Sie ist demnach gegen die im Monat Dezember berechnete Indexzahl von 151,7 um 0,1 Prozent gestiegen. Im Januar 1924 betrug die Indexzahl 131,7.

Dresden. (Der Faschingsumzug.) Nach 14 Jahren wieder der Karneval! Am Sonntag den 19. Februar wird in Dresden nach 14jähriger Pause der Karneval von neuem aufleben. Unter Führung maßgebender Persönlichkeiten haben sich die Studierenden der Kunstakademie, der Kunstgewerbeschule, sowie die Studenten der Technischen Hochschule zusammen mit der freien Künstlerkastei im Karnevalsausschuss 1928 vereint. Maßgebende Kreise von Handel und Industrie, sowie die Behörden haben ihre weitestgehende Unterstützung zugesagt. Im Interesse der Stadt Dresden als Fremden-, Industrie- und vor allem als Kunststadt ist es von großer Bedeutung, daß karnevalistische Wagen und Abordnungen aus weitesten Kreisen der Bevölkerung gestellt werden und daß diese dem Ruf Dresdens als Kunststadt entsprechend künstlerisch geschmückt werden. Die protestanten, wichtigsten und künstlerisch besten Ideen, die in diesem Zuge gestaltet worden sind, werden von einer Kunstjury unter öffentlicher Bekanntheit prämiert, der Zug soll sich durch die Alt- und Neustadt Dresdens bewegen und die unserem sächsischen Heimatlande entsprechende Note tragen. An alle Kreise der Bevölkerung Dresdens und Sachsens ergeht der Aufruf, am guten Willigen mitzuwirken. Gedacht sind ungefähr folgende Gruppen: Künstler, Studenten, Vereine, Mannschaften, Hauptbahnhof, gern entgegen. Die Verkehrsinstanzen arbeiten schon heute daran, den zu erwartenden Fremdenzufluß glatt abzuwickeln zu können.

Dresden. (Zobessfall.) Im benachbarten Molsche nach der sächsische Generalleutnant a. D. Element August Meißner im 80. Lebensjahre. Im vorigen Jahre konnte er noch sein 60jähriges Jubiläum feiern. Bei Kriegsausbruch trat er wieder in die Heeresdienste, und zwar als Kommandeur der stellvertretenden 63. Infanteriebrigade.
Dresden. (Waldbad Oppelsdorf.) Vom 1. Februar 1928 an erhält der Bahnhof Waldbad Oppelsdorf die Bezeichnung Waldbad Oppelsdorf.
Zwickau. (Verkehrsunfall.) Von einem Lastkraftwagen wurde in Pilsanitz einjähriger Knabe überfahren. Das Kind erlag seinen schweren Verletzungen.
Zwickau. (Brände.) In der Nacht zum Sonntag brannte in Bfhorlau bei Aue i. E. das Anwesen des Fabrikarbeiters Sachs bis auf die Grundmauern nieder. Die sich an das Wohnhaus anschließenden Wirtschaftsbauten wurden ebenfalls ein Raub der Flammen. Der Schaden ist beträchtlich. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht bekannt. — Nachts gegen 1/3 Uhr entstand in Lichtentanne bei Zwickau ein größerer Brand, dem die Doppelschneue des Rittergutes, die mit Erntevorräten gefüllt war, zum Opfer fiel. Es wird Brandstiftung vermutet.

Clautwitz. (Diamantene Hochzeit.) Hier konnte der Hausbesitzer Ahner mit seiner Ehefrau das letzte Fest der diamantenen Hochzeit begehen. — In

Broßkuckerswalde feierte Karl August Weiß mit seiner Ehefrau das Fest der diamantenen Hochzeit.

Bad Elster. (Vom sächsischen Staatsbad.) Die Zunahme des Fremdenverkehrs im Jahre 1927 hat auch Bad Elster die bisher höchste Besucherzahl überhaupt gebracht. Gegenüber 1926 mit 17 005 Fremden ist bei einer Frequenz von 21 239 Besuchern eine Steigerung um fast ein Viertel (24,9 Prozent) zu verzeichnen, gegenüber dem letzten Vorjahresjahre 1913 mit 16 559 Gästen sogar eine Besserung um 28,2 Prozent. Neben der Zahl der Kurzgäste ist auch die der Passanten erheblich gewachsen, im Vergleich zu 1913 um 70,2 Prozent und zu 1926 um 36,6 Prozent.

Grimma. (Das Stadtverordnetenpräsidium.) Zum ersten Stadtverordnetenvorsitzer wurde Student Dr. Heller (bürgerl.), zum zweiten Krankeassenvorstand Chemnitzer und zum dritten Rechtsanwalt Dr. Schroth (bürgerl.) gewählt.

Meerane. (Mit der Hand in der Maschine.) Hier geriet der in der Segeltuchfabrikgesellschaft beschäftigte 30jährige Arbeiter A. Reichenbach mit der rechten Hand zwischen zwei im Gange befindliche Zahnäder. Erst nach Abschrauben des Rotors konnte der Verunglückte aus seiner qualvollen Lage befreit werden. Die Hand war vollständig zerfleischt und mußte im Krankenhaus abgenommen werden.

Leipzig. (Tödlicher Unglücksfall im Dienst.) Gestern früh hat sich im Bahnhof Engelsdorf ein furchbares Unglück zugetragen. Ein Eisenbahnbeamter aus Alten wurde zwischen den Schienen tot aufgefunden. Er hatte seinen Dienst um sechs Uhr angetreten. Es ist noch nicht festgestellt, auf welche Weise sich das furchbare Unglück zugetragen hat, von dem der Mann in Ausübung seines Dienstes betroffen worden ist.

Fünf schwere Unfälle.

Döschau. Beim Ankuppeln eines Reitwagens an einen Lastkraftwagen wurde der beim Fuhrwerksbesitzer Voigtländer beschäftigte Beifahrer Günzel infolge des Anstehens umgestoßen und überfahren. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen, daß er in der Nacht darauf starb.
Reichenbach i. B. Hier geriet der Hilfszugschaffner Max Wolf beim Überschreiten der Gleise unter die Räder eines Güterzuges, die ihm beide Beine zermalmt, wodurch sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde.
Bad Schandau. Auf dem hiesigen Bahnhof kam der in Dresden-Cotta wohnende Oberkassierer Häufig beim Rangieren eines Güterzuges zwischen die Räder. Es wurde ihm der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod sofort eintrat.
Zwickau. Auf dem Tiefbauschacht wurde der Bergarbeiter Gustav Seidel aus Königswalde von plötzlich hereinbrechendem Gestein verschüttet und sofort getötet.
Elbau. Das dreijährige Söhnchen des Bahnbearbeiters Hermann Mager fuhr unweit der eckerischen Wohnung mit dem Schlitten in den angeschwollenen Dorfbach und ertrank.

Wesluftverkehr von Dresden nach Leipzig.

Dem Vernehmen nach ist auch für die Dauer der kommenden Frühjahrsmesse mit einem regelmäßigen Wesluftverkehr zwischen Leipzig und Dresden zu einem verbilligten Tarife zu rechnen. Voraussichtlich dürfte dieser Pendelverkehr während der Messezeit mehrmals am Tage erfolgen.

Neue Verhandlungen in der Hüttenindustrie.

Auf Einladung des Arbeitsministeriums fanden am Freitag in Dresden neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der beteiligten Betriebe der Hüttenindustrie statt. Die Verhandlungen führten noch nicht zu einem Ergebnis und werden Anfang dieser Woche fortgesetzt.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 30. Januar

Auktionstrieb	Wertklassen	Verkauf 1.1.18 in Goldmark für Lebendgewicht
148	A. Ochsen. a) Vollfleisch, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. junge	54-58 (102)
	2. ältere	45-50 (91)
	b) sonstige vollfleischige 1. junge	36-43 (79)
	2. ältere	27-32 (68)
251	B. Kühe. a) jüngere vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	55-59 (98)
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	48-53 (92)
	c) fleischige	42-47 (86)
	d) gering genährte	24-28 (68)
329	C. Kälber. a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	48-52 (91)
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	49-55 (83)
	c) fleischige	41-45 (83)
	d) gering genährte	24-28 (68)
58	D. Ferkel (Kalbinnen). a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	65-69 (98)
	b) sonstige fleischige	45-58 (94)
	E. Ferkel. Mäßig genährtes Jungvieh	80-84 (132)
	666	II. Kälber. a) Doppelfleisch b. Maß
b) erste Maß- und Saugkälber	60-68 (116)	
c) mittlere Maß- und Saugkälber		
d) geringe Kälber		
e) geringste Kälber		
597	III. Schafe. a) Beste Maßlamm und jüngere Maßlamm 1. Weidenmaß	56-61 (117)
	2. Stallmaß	
	b) mittl. Maßlamm, ältere Maßlamm und gutgenährte Schafe	47-54 (107)
	c) fleischige Schafvieh	40-46 (100)
d) gering genährte Schafe und Lämmer		
3298	IV. Schweine. a) Ferkelschweine über 300	69-80 (74)
	b) vollfleisch. Schweine von 240-300	57-58 (74)
	c) vollfleisch. Schweine von 200-240	54-56 (74)
	d) vollfleisch. Schweine von 160-200	50-52 (70)
	e) fleischige Schweine von 120-160	
	f) fleischige Schweine unter 120 Pfd.	
	g) Sauen	50-54 (69)

Ueberstand: 49 Rinder, davon 15 Ochsen, 14 Bullen, 18 Kühe, 178 Schafe. — Geschäftsgang: Rinder schlecht, Kälber, Schafe gut, Schweine langsam. Die Preise sind Marktpreise für mästern gewogene Tiere und schließen sämtliche Speken des Pöndels, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Turnen, Sport und Spiel.

Spieler in der Gruppe Elbia (D. T.).
Der erste Spieltag in diesem Jahre, an dem alle Kämpfe ausgetragen wurden, brachte nur in der ersten Klasse Überraschungen. In der Reiterklasse konnten bis auf Weiger Hirsch, die gegen den Staffeleiten nur ein Unentschieden im Fußball erzielen, alle führenden Mannschaften ihre Spitzenstellung behaupten. Der Kampf um den zweiten Platz wird auch an den nächsten beiden Spieltagen noch anhalten. Ueberrasschend kommt der Sieg der D. J. R. Ost Elb im Handball über Steisch und der Weindblauer Mannschaft im Fußball über D. J. R. Weigen.

Sepp Scherbaum, Alsbach, Reister von Sachsen im Elblauf 1928.
Der Elberband Sachsen hatte für Sonnabend und Sonntag keine 15. Stimmereischaft ausgeschrieben und die Wettläufer nach Falkenstein im Vogelland gerufen. Nur die besten Läufer und Springer aus den Kreisen Ost- und Westerbände und dem Vogelland sind zugelassen. Im Sonntagslauf siegte Walter Herberger, Johanngeorgentadt, der vorjährige Sachsenmeister in 1:15:40. Mit zwei Minuten Abstand wurde Sepp Scherbaum, Alsbach, zweiter Sieger. Am Geländelauf lief der Jungmann Walter Böttich, Hirschsprung, heraus. Er wurde Sieger in seiner Klasse. In Klasse 2 wurde Rudi Weber, Weising, von Anton Sattler, Alsbach, geschlagen. In der Altersklasse siegte der Jittauer Fritz Sübler in 5:39.

Am Sonntag morgen wurde der Mannschaftslauf ausgetragen. Die Strecke des Mannschaftslaufs war dieselbe wie am Vortage die Polizei- und Mittellandstrecke. Die siegreiche Mannschaft Johanngeorgentadt durchlief die Strecke in 37:17. Im Anschluss daran fand der Damenlauf statt. Lotte Jobler, Falkenstein, siegte in 32:32 in der Klasse A, Hölzel, Auerbach, in der Klasse B vor Elisabeth Schmittbach. In der Altersklasse der Damen trug Frau Blumer den Sieg davon. Für den Nachmittag stand der große Meisterschaftslauf auf dem Programm. Das Vogelland hatte seine besten Springer im Wettkampf. Simon, der frühere Sachsenmeister, fiel durch seine gute Haltung ebenso wie Danen besonders auf. Bei den Jungmannen zeigte Leonhardt ganz besonders gute Leistungen. Auch Emil-Christensen sprang besser als sonst, war aber durch seinen verlorenen Langlauf stark enttäuscht. Schon an der Schanze konnte man feststellen, daß kein anderer als der Weiberger Sepp Scherbaum der diesjährige Sachsenmeister wurde.

Börse-Handel-Wirtschaft

Ämtliche sächsische Notierungen vom 28. Januar 1928

Dresden. Das Geschäft blieb am Wochenschluß bei unbedeutender Haltung auf allen Marktgebieten geringfügig. Besondere Verluste erlitten Schaffensburger Brauerei-Aktien mit minus 6,5, Radeberger Export mit minus 4,25 und Reichelbräu mit minus 3 Prozent. Nur Waldschloßchen und Erste Kulfmacher notierten 1,5 bzw. 1 Prozent höher. Von Maschinen- und Metallindustrie-Aktien besetzten sich Sondermann und Zier plus 3, Ecker plus 2 Prozent, dagegen gaben Großenhainer Weibühl 1,75 Prozent, Sächsische Waggon und Schönberr je 1,5 Prozent nach. Am Banfaktienmarkt waren Sächsische Bodencredit erneut mit 5,25 Prozent höher gefragt. Sächsische Bank lagen 1,5, Dresdner und Deutsche Bank je 1,25 Prozent schwächer. Von den Transportwerten erzielten Deutscher Eisenbahnbetrieb einen Gewinn von 4 Prozent. Von den Divergenzen waren Polypbon 2 Prozent höher gefragt, während Kaufmannsakt. Max 2 Prozent nachgeben mußten.

Leipzig. Schiffsahrt- und Montanwerte lagen weiter abgeschwächt und auch auf den anderen Marktgebieten waren Kursabstürze zu verzeichnen. Leicht befestigt lagen nur Norddeutsche Wolle mit plus 2,5, Diskont und Schubert und Salzer mit plus je 2 Prozent, Sacharin plus 1,75 Prozent, Polypbon plus 1 Prozent. Schwächer lagen Kammgarn Gangsch mit minus 3,5, Stöhr mit minus 2,5 Prozent.

Chemnitz. Die Börse verlief in ruhiger und uneinheitlicher Stimmung. Kursabstürze erlitten: David Richter minus 4,5, Bachmann und Ledwiga, Liebermann Nachf., Mimosa je minus 3, Böde minus 2,5, Ecker minus 2 Prozent. Dagegen waren höher gefragt Dürfeld und Röhde mit je plus 1 Prozent.

Produktenbörse. Vom Auslande waren die Forderungen für Antitobakwaren teils behauptet, teils leicht befestigt, während Argentinien wieder nachgiebiger war. Hier eröffnete der Markt für Weizen recht schwach, was wieder in der Hauptsache mit dem unvermindert schwierigem Weizenmehlgeschäft zusammenhing. Für die in Hamburg eintreffenden kanadischen Sorten ist gegenwärtig schwerer Unterkommen zu finden. Im Weizenmarkt hielten sich die Notierungen wieder etwas niedriger, da gegen harte Kreditverhältnisse am Markt waren. Roggen war in den Forderungen für amerikanische Weizen wenig verändert und in Inlandsware zu letzten Preisen von Wahlen gefragt, die auf Borkverläufe von Weizen abzuliefern haben. Am Lieferungsmarkt waren Verkäufe vorsichtiger, so daß sich die Preise etwas behaupteten. Gerste rubia,

Ämtliche Berliner Notierungen vom 28. Januar.

Börsebericht. Tendenz: Sehr schwach. Die Lage an den Aktienmärkten war noch mehr als bisher durch eine anfallende Interesslosigkeit des Publikums gekennzeichnet, die so weit ging, daß selbst große Privatbankhäuser ohne jede Order zur Börse kamen. Am Geldmarkt lagen die Sätze im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ultimo erneut an, doch war trotzdem eher ein etwas größerer Angebot festzustellen. Tagesgeld notierte 6,50—8,50 Prozent, Monatsgeld 7,50—8,50 Prozent, Gelder auf einige Tage über den Ultimo 8—9,50 Prozent. Die Spekulation neigte zu Marktverkäufen. 3. G. Farben gingen auf 259,50 Prozent zurück.

Devisenbörse. Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,42—20,46; holl. Gulden 169,11—169,45; Danz. 81,65 bis 81,84; franz. Franc 16,47—16,51; Schweiz. 80,67 bis 80,83; Belg. 58,38—58,50; Italien 22,20—22,21; Schwed. Krone 112,39—112,61; dän. 112,24—112,46; norweg. 111,6 bis 111,71; tschech. 12,42—12,44; österr. Schilling 20,97 bis 20,99; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,97—47,17; Argentinien 1,792—1,796; Spanien 71,23—71,37.

Weigener Produktenbörse vom 28. Januar 1928

Weizen, hies. 75 Kilo 12; do. 86/72 Kilo 11,40—11,90; Roggen 70 Kilo 12,40; Sommergerste 12,75—14; Wintergerste 11—12; Hafer 10,40—10,80; Raps, trocken 16; Mais, vergollt 11,20; Maischrot 12,30; Wilden (Gemenge) —; Rottklee, alt 110—115; Trodenstängel 7,40; Weizenheu, neu 3—3,50; Stroh (Weizen- und Roggen-) 1,50; do. (Preß-) 1,80; Weizenmehl, Qualitätsware 20,75; do. 60proz. 19,50; Roggenmehl 60prozentiges 19,75; Roggenmehl 8,40; Weizenkleie 8,50; Speisefertigkorn, neue weiße, rote 3,10—3,30; do. gelbe 3,40—3,60; Kartoffelknollen 13,75; Landeier, Marktpreis 1 Stück 0,16—0,18; Landbutter, Marktpreis 1/2-Pfund-Stück 0,95—1,05.

Berliner Produktenbörse von heute, dem 30. Januar 1928.

Weizen 23,00—23,30; Roggen 23,30—23,60; Sommergerste 22,00—27,00; Hafer 20,20—21,30; Weizenmehl 29,50—33,75; Roggenmehl 30,50—33,50; Weizenkleie, Roggenkleie je 15,20.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur Zschunke, Verlagsleitung: Paul Kumberg, Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Kästner, für Anzeigen und Reklamen: H. Römer, sämtlich in Wilsdruff.

Ämtliche Verkündigung

Wahl der Versicherungsvertreter als Mitglieder des Versicherungsamts Wilsdruff.

Für das Versicherungsamt der Stadt Wilsdruff sind je 6 Versicherungsvertreter, sowie die gleiche Anzahl Stellvertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen. Für die Art und die Durchführung der Wahl gelten die nachstehenden Bestimmungen der Wahlordnung.

Die Vorschlagslisten sind bis zum 18. Februar 1928 bei dem unterzeichneten Wahlleiter einzureichen. Auf Grund von § 11, 2 der Wahlordnung wird angeordnet, daß von den vorzuschlagenden Personen je 1 Arbeitgeber und Versicherter der Landwirtschaft anzugehören haben.

Gleichzeitig werden die Krankenkassen und die Erlagskassen, die außerhalb des Bezirks des Versicherungsamtes ihren Sitz und mindestens 50 Mitglieder im hiesigen Bezirke haben, aufgefordert, bis zum 14. Februar 1928 ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden. In der Anmeldung ist anzugeben:

1. die Zahl der nach § 3 der Wahlordnung anrechnungsfähigen Mitglieder,
2. Familien- und Aufnahmen, Beruf, Wohnort und Meldung der nach § 3 der Wahlordnung Wahlberechtigten, getrennt nach Arbeitgebern und Versicherten.

Änderungen, die vor der Wahl eintreten, sind dem Wahlleiter mitzuteilen.

Wilsdruff, am 28. Januar 1928.

Der Wahlleiter: Lehmann.

Auszug aus der Wahlordnung.

§ 2. Art der Wahl.

(1) Die Arbeitgebervertreter und die Versicherungsvertreter werden in getrennter Wahl nach den Grundätzen der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten mit den Stimmzetteln gewählt, die der Wahlleiter den Wahlberechtigten ausgeben läßt (§ 19 Abs. 1 und 2).

(2) Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind nur berechtigt (§ 45 Abs. 1 der RVO.)

- a) bei der Wahl der Arbeitgebervertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;
- b) bei der Wahl der Versicherungsvertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen.

(3) Die Wahl ist geheim.

§ 3. Wahlberechtigung.

(1) Wahlberechtigt sind die Ausschußmitglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner die Vorstandsmitglieder der Erlagskassen teil, soweit sie im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. Die Erlagskassen und die Kassen mit dem Sitze außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes nehmen an der Wahl nur teil, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen (§ 42 Abs. 1 der RVO.).

(2) Maßgebend ist die Zahl der Mitglieder, deren Beschäftigungsort (§§ 153 bis 156 der RVO.) sich zur Zeit des letzten Zahlungstages (§ 393 der RVO.) vor der Bestimmung im Bezirke des Versicherungsamtes befindet. Bei Mitgliedern

von Erlagskassen, bei unständig Beschäftigten (§ 442 der RVO.) und solchen Mitgliedern, die Kosten auf Grund der §§ 176 und 313 der RVO. angehörend und einen Beschäftigungsort nicht haben, tritt an Stelle des Beschäftigungsortes der Wohnort. Bei Hausgewerbetreibenden ist der Ort ihrer Betriebsstätte (§ 470 der RVO.), bei den im Handergewerbebetriebe Beschäftigten der Ort maßgebend, bei dessen Ortspolizeibehörde der Handergewerbeschein beantragt worden ist (§ 459 der RVO.).

(3) An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstande wählen bei den Erlagskassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42 Abs. 2 der RVO.).

§ 4. Wählbarkeit.

(1) Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden (§§ 47, 12 der RVO.).

(2) Wählbar als Arbeitgebervertreter sind nur Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die nach der Reichsversicherungsordnung versichert sind, und ihre bevollmächtigten Betriebsleiter. Den Arbeitgebern werden Versicherte zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen (§ 47 Abs. 2 Satz 2 der RVO.).

(3) Wählbar als Versichertenvertreter sind nur Versicherte (§ 47 Abs. 2 Satz 1 der RVO.).

(4) Nicht wählbar ist (§ 47 Abs. 1, § 12 Abs. 2 der RVO.)

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

(5) Die Versicherungsvertreter und ihre Stellvertreter dürfen nicht zugleich besoldete Beamte des Versicherungsamtes, nichtständige Mitglieder des Reichs- oder eines Landesversicherungsamtes, Besitzer eines Oberversicherungsamtes oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt sein (§ 41 Abs. 2 der RVO.).

§ 10. Aufstellung und Einreichung der Vorschlagslisten.

(1) Die Vorschlagslisten sind nach dem als Anlage I beigefügten Vordruck für jedes Versicherungsamt sowie für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versicherungsvertreter gesondert aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem im Wahlausschreiben angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Jede Vereinigung und jeder Verband (§ 2 Abs. 2) darf für jede einzelne Wahl, für die sie vorschlagsberechtigt sind, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

(2) In den Vorschlagslisten sind die einzelnen Benannten und fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- (Nuf-) und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

(3) In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorschlagsliste sind die Erklärungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagsliste zustimmen, nach dem als Anlage II beigefügten Vordruck einzureichen.

§ 11.

Inhalt der Vorschlagslisten.

(1) In jeder Vorschlagsliste sollen soviel nach § 4 wählbare Personen benannt werden, wie Versicherungsvertreter und Stellvertreter nach dem Wahlausschreiben insgesamt zu wählen sind. Die aus dem Kreise der Arbeitgeber und die aus dem Kreise der Versicherten Benannten sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48 der RVO.).

(2) Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile des Bezirks des Versicherungsamtes, bei den Versicherten auch die verschiedenen Kreise der Versicherten vertreten sein. Der Vorkühende des Versicherungsamtes ordnet an, welcher Teil der vorzuschlagenden Personen in der Landwirtschaft beschäftigt sein soll. Er kann auch vorschreiben, welche Betriebszweige und Bezirktelle besonders zu berücksichtigen sind.

(3) Mindestens ein Drittel der Benannten jeder Gruppe soll am Sitze des Versicherungsamtes selbst oder nicht über 6 Kilometer, bei den Amtshauptmannschaften Dresden, Leipzig und Chemnitz nicht über zehn Kilometer von der Mitte der Stadt entfernt wohnen, in der das Versicherungsamt seinen Sitz hat (§ 47 der Verordnung über die Versicherungsbehörden im Sinne der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1912, G. B. I. S. 329).

§ 12.

Unzulässigkeit verdünnter Vorschlagslisten.
Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, daß sie anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Liste gelten, ist unzulässig.

§ 13.

Unterschrift und Kennwort der Vorschlagslisten.

(1) Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

(2) Jede Vorschlagsliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorschlagslisten deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorschlagsliste kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorschlagsliste.

Gastwirtschaft.

von erstklassiger Brauerei zwecks Errichtung eines Spezial-Kuchenschankes

zu pachten gelucht

Die Brauerei führt günstigste Pachtbedingungen und guten Pachtpreise zu. Gest. Angebote unter Z. 3. 465 an Rudolf Meffe, Dresden.

Zahlungsbefehl-Formulare

nach amtlicher Vorschrift
— hält stets am Lager —
Buchdruckerei A. Zschunke

Juridischer vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter,
Clara Michan geb. Naumann
lagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für den herrlichen Blumen-schmuck und das ehrende Beisetzen zur letzten Ruhestätte unseren herzlichsten Dank.
Grumbach, den 30. Januar 1928.
Der tieftrauernde Gatte und Angehörige.
Ries Rütterlein, Du bist nicht mehr, Dein Platz in unserm Kreis ist leer, Du reißt uns nicht mehr Deine Hand, Der Tod zerriß das schöne Band, So schickst Du nun, dahin gebracht, Von schmerzlicher Erde überdacht, Nun schlummert sanft in stiller Ruh, Du liebe, gute Mutter, Du!

Gasthof Sora

Dienstag, den 31. Januar

Karpfenschmaus

mit starkbefestigter Balkmusik

möge freundlichst einladen Max Hanbold und Frau.

Bei einseitiger Körnerfütterung ist die Geflügelzucht unrentabel.

„Nagut“

dem Körner- oder Weichfutter zugesetzt, sichert auch im Winter

doppelten Eierertrag

frühlegende Köken, auch wenn die Hühner ohne freien Auslauf gehalten werden.

Wer seinen Hund gesund erhalten, ihm die Quellen der Krankheiten, Blähungen oder Verstopfung ersparen will, füttert nur

Nagut-Hundekuchen.

Zu haben bei: Alfred Pletzsch, Wilsdruff.

Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten
Ein Kilo graue geschlossene 3 A, halbweiß 4 A, weiße 5 A, bessere 6 A, 7 A, daunenweich 8 A, 10 A, beste Sorte 12 A, 14 A, weiße ungeschlossene 7,50 A, 9,50 A, beste Sorte 11 A. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme ge. tütet. **Benedikt Scharf,** Lobos Nr. 948 bei Pilsen (Böhmen).

Ihre Kleinen

Freifisch grüne Heringe

Anzeigen haben in dem „Wilsdruffer Tageblatt“ den größten Erfolg. Anzeigenannahme nur bis — 10 Uhr vormittags. —

Paul Humpisch

Der Notschrei des sächsischen Landvolkes

Die 8. Sächsische Grane Woche in Dresden wurde, wie wir bereits kurz berichteten, mit einer imposanten öffentlichen Versammlung des Landbundes geschlossen.

Der Landesvorsitzende des Sächsischen Landbundes, Rittergutsbesitzer H. Pagenstecher, führte nach Eröffnung der Versammlung u. a. aus:

Wir erkennen an, daß die sächsische Regierung nach Maßgabe ihrer Mittel überall geholfen hat, wo Anweiser, Hochwasser, Hagel, Schlag und anderer Schaden uns heimgesucht haben. Aber das sind nur kleine Hilfen gewesen, eine dauernde Besserung der Lage der Landwirtschaft können sie nicht bringen und haben sie nicht gebracht. Die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionsfähigkeit zwingt zu umfassenden Maßnahmen, die sofort ergriffen werden müssen. Wenn die Rentabilitätsfrage nicht sofort gelöst wird, so ist der Zusammenbruch der Landwirtschaft da. Deshalb richten wir an unsere Staatsregierung die dringende Bitte, beim Reichskabinett nachdrücklich vorstellig zu werden, daß diese Hilfe vom Reiche geleistet wird. Vor allem darf die Substanz nicht angetastet werden. Es muß möglichst genommen werden auf die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Welche Gefahr in der Verschuldung der Landwirtschaft liegt, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Aber eines ist sicher:

Bauernnot ist Volkstod

Neben den wirtschaftlichen Nöten haben wir aber noch die doppelte Nöte. Aber es ist nicht deutsche Art, nachzugeben, unsere Lösung bleibt: Vorwärts, aufwärts, und das Volk wird wieder gedeihen.

Darauf gab der Redner einen Rückblick auf das Jahr 1927 mit seiner Hochwasserkatastrophe, schlechten Ernte und vor allem auch dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Wir gehen, leitet im Vertrauen auf Ihre aller einzelner Mitarbeit in das Frühjahr hinein, das uns einen neuen Ruck bringen wird. Das neue Jahr muß die Entscheidung bringen. Noch ist nicht die Stunde der Entscheidung, noch heißt es Ruhe und Vertrauen bewahren und die Disziplin halten. Für den kommenden Wahlkampf folgen Sie der Parole des Landbundes, die zu gegebener Zeit kommt. Nur wenn wir der Parole des Landbundes folgen, erreichen wir das Ziel, für das wir ringen: eine gesunde Landwirtschaft in einem gesunden Staate und Volke. Die Ansprache löste langanhaltenden Beifall aus.

Bauernnot — Volkstod

laute das Thema des Vortrages, den nun Dubschnecker und Bürgermeister Lind, R. d. N., aus Niederritzheim (Hessen-Rassau), behandelte. Der Redner übertrug die Größe der turkessischen Bauern, die mit den sächsischen Berufsangehörigen den Kampf für den freien Bauernhof kämpften, und führte dann u. a. folgendes aus:

Wir haben in allerhöchster Nähe die Lasten und die Drangsale, die der Friedensvertrag über unser Volk gebracht hat, und erleben, wie das Bauernvolk in der Besatzungszone gepörrigt wird. Es ist unserm armen deutschen Volke noch nicht zum Bewußtsein vertraut, daß unsere wohlgeleitete geschlossene Organisation und gewonnenen, wie es verfallt, entzerrt und durch die Reparationen belastet ist. Das Thema „Bauernnot — Volkstod“ ist nicht zu trennen von dem unheimlichen Worte Reparation, von jenem Vertrage, der die deutsche Wirtschaft in Banden schlägt und der das deutsche Volk arbeiten läßt für alle diejenigen, die ein großes hartes Volk arbeiten läßt für alle diejenigen, die ein großes hartes Volk niederhalten wollen. Dieser Vertrag hat hineingegriffen in unsere fränke Wirtschaft, hat die letzten Geldreserven aus unserer Reichsbank herausgeholt unter Mitwirkung derjenigen, die erfüllen wollten um jeden Preis.

Hinter dem Worte Reparation verbirgt sich nicht nur der Wille, Deutschland zu vernichten, sondern es steht dahinter der Absieger des internationalen Kapitals.

Die Nachhaber der Revolution haben der großen Masse der Straße den Geschmök am neuen Staate dadurch beibringen wollen, daß sie uns in den Fesseln der Zwangswirtschaft weiterhielten. Da haben die Landwirte protestiert und gekämpft für die Freiheit des deutschen Bauern, haben aber vergessen, diesen Kampf fortzusetzen, um dem Staate eine politische Richtung zu geben. Sie haben gehofft, aus der Scholle das Herauszuholen zu können, was man ihnen am Preise vorenthält. Vergeblich! Wir haben es als eine selbstverständliche Pflicht gehalten, unser Volk aus deutscher Scholle zu ernähren. Aber wir haben bei unserer Arbeit nicht den Dank der Masse, nicht den Dank des Staates geerntet, sondern überall waren wir derjenige Stand, der gehöhrt wurde, weil er noch seine väterliche Scholle behielt. Als die Not des Vaterlandes am größten war, haben wir dem Staate die Grundlage für seine Konsolidierung gegeben. Die Bauernscholle wurde verpfändet. Wir haben keinen Dank dafür geerntet. Man hat uns

vielmehr das, was wir getan haben, steuerlich noch extra angefreibet. Die Nachhaber der Revolution wußten ganz genau, wenn Industrie und Landwirtschaft gemeinsam nationale Wirtschaftspolitik verfolgten würden, dann müßten beide Sieger bleiben. Daher haben sie bewußt im Jahre 1920 die Industrie mit Schutzzöllen ausgestattet, die Landwirtschaft aber ungeschützt gelassen. Wir haben das willenlos hingenommen. Hätte die Landwirtschaft damals betont, daß sie nicht mit sich spielen lasse, daß deutscher Boden deutsches Volksgut sei, der des Schutzes bedürfe, dann hätten die Herren von links niemals die freibehaltene Trennung begreifen können. Diese Verhältnisse mußten uns in die Wirtschaftslage bringen, in der wir uns heute befinden. Wir leben den Untergang der deutschen Landwirtschaft, wenn uns nicht schnell Hilfe zuteil wird. Wir mühen uns ab, unserer Scholle die höchsten Erträge abzunehmen, aber auf der anderen Seite müssen wir leben, daß das deutsche Volk als Verbraucher verlesen ist auf die Auslandswaren. Dieselben Erzeugnisse, die der deutsche Bauer hervorbringt, nimmt man vom Auslande und bezahlt dafür noch höhere Preise, weil sie die Auslandsetikette tragen. Das leistet sich ein armes Volk!

Die Männer, die Sie in die Parlamente geschickt haben, haben nicht unterlassen, was nötig war, um der deutschen Landwirtschaft weiter zu helfen. Das deutsche Bürgerturn hat sich leider bei den Wahlen verzettelt. Wenden Sie nach links, dort ist das anders. Diejenigen Parteien, die sich streng national nennen, müssen den Einfluß und die Stärke erlangen, um die landwirtschaftlichen Belange zu vertreten.

Die Reichsregierung vom Jahre 1926 stand unter dem verhängnisvollen Einfluß von links, und es hat viele Kämpfe gekostet, die kümmerlichen Erfolge für die Landwirtschaft vom Jahre 1925 zu behalten. Die Besserung von 1927 aber ist ausgeschlossen worden durch die internationale Finanzpolitik des Großkapitals. Wir als nationale Bauern kennen die Gefahr dieser Entwicklung. Ihr muß dadurch begegnet werden, daß man der Landwirtschaft den Schutz angeheißt, der erforderlich ist, um die deutsche Produktion auf den höchsten Punkt ihrer Leistungen zu bringen. Erhalten Sie nicht in dem Kampfe, der da heißt: Erhaltung der deutschen Landwirtschaft (Lebhafter Beifall). Es war unaussprechlich, daß die Verschuldung der Landwirtschaft so sehr zuzunehmen mußte. Man hat sie auf der einen Seite zu Anwendungen und Ertragssteigerungen verleitet, ihr aber auf der anderen Seite die Preise vorenthalten, die nötig sind, um intensive Wirtschaft zu treiben.

Wir haben intensive Wirtschaft getrieben mit Wechselkredit! Es gibt nichts Gefährlicheres für die Landwirtschaft als quer zu schreiben und Zinsen zu zahlen, die dreimal so groß sind als der Ertrag. Wir verlangen heute Maßnahmen, die uns das lassen, was zur Fortführung einer intensiven Wirtschaft nötig ist.

Wir verlangen in erster Linie die Rentabilität! Das Reichswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt verschlingen die Jahresarbeit der Bauern an die ausländische Konterrent! Wenn man heute dort den Standpunkt vertritt, Agrarzölle seien hinderlich beim Abschluß neuer Handelsverträge, dann wissen diese Herren nicht, was es heißt, nationale Wirtschaftspolitik zu treiben. Wir fordern Schließung unserer Grenzen zum Schutze einer nationalen Wirtschaft. Kein Vertrag mit Polen, der auch nur ein Jota preisgibt von dem, was die deutsche Landwirtschaft braucht! Der Markt in Frankfurt am Main wird überflutet mit ausgeschlachtetem Vieh, das über das Saargebiet hereinflutet. Auch hier hat die Regierung eingegriffen. Sie hilft damit dem Mittel- und Kleinbauern. Minister Schiele ist der Sachmann, der mit uns lebt und stirbt. Wir müssen ihn unterstützen und fördern in seinem schweren Kampfe.

Die Schulden haben wir nicht leichtsinnig gemacht, sondern in der Absicht, dem Volke und Vaterlande zu dienen. Sie müssen uns zum Teil abgenommen werden. Man muß die Personalschulden in langfristige Realschulden umwandeln. Wir haben weiter verlangt die sofortige Abnahme der Rentenansprüche, die so drückend auf der Landwirtschaft lastet. Die Rentenlast ist eine Sonderleistung, die die Landwirtschaft auf sich genommen hat. Es ist ein Akt der Billigkeit, daß das Reich, das wir aus der Konsummasse gerettet haben, uns diese Schuld abnimmt. Wir fordern auch Einschränkung aller sonstigen Lasten und Steuern. Vor allen Dingen fordern wir eine Steuererleichterung auf der Grundlage der Rentabilität. Das Schematisieren geht ins Schandenhafte, und das vertritt kein Bauer. Wir fordern auch Vereinfachung der gesamten Gesetzgebung und den Abbau der ungeklärten Verwaltung, auch Einschränkung der sozialen Lasten. Wir können es nicht verkraften, daß man auf gesetzgeblichem Wege dem deutschen Volke die Arbeit abgewöhnen will. (Brausender Beifall.) Wir müssen aber auch eine Umgestaltung der Landes- und Kommunalsteuergesetze verlangen. Wenn wir alle

Glück.

Nach dem Glück stand mein Verlangen,
Bismals hab' ich drauf gelauert,
Nachgeschaut und bin vergangen,
Mich gelohnt und bin versauert.
Doch da ich mein Weis' ergriffen,
Stark gepakt und angefangen,
Kam das Glück wie Bergespiffen,
Ist mir frisch zur Hand gegangen.

Ernst Siemann.

Nachklänge zur Länderkonferenz.

Reden Helds und Bazilles.

In München kam Ministerpräsident Dr. Held auf die Eigenstaatlichkeit Bayerns mit dem Hinweis auf die in Berlin abgehaltene Länderkonferenz zu sprechen. Dr. Held sagte, die erste Abwehrschlacht sei geschlagen. Das bedeute aber nicht viel, der Kampf beginne erst jetzt. Das höchste staatsbürgerliche Gut seien das Reich und die Einheit der Nation. Eine ruhmreiche Geschichte habe erwiesen, daß die bundesstaatliche Gliederung des Reiches gerade seinen einzigartigen Ausschlag möglichst gemacht habe. Der württembergische Staatspräsident Dr. Bazille führte im Kandidat auf eine Anfrage über seine Ausführungen auf der Länderkonferenz aus, er habe in Berlin gesagt, die Sorge sei berechtigt, daß der Versuch gemacht werde, durch mehr oder weniger sanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsstaat zu gelangen. Sollte dieser Weg beschritten werden, so werde eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches herausbeschworen. Denn nichts sei irriger und gefährlicher als die Meinung, die Länder würden sich schließlich in ihr unvermeidliches Schicksal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, könne dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken. Längere Wirren erster Art in Deutschland bildeten einen Anreiz für die Nachbarstaaten, die ausfallenden Reparationen durch Stille deutschen Landes zu ersetzen. Es könne sich wiederholen, was wir bereits einmal erlebt haben: die Befreiung der Rheinlande und des Ruhrgebiets durch Frankreich, aber auch die Wegnahme Ostpreußens durch Polen. Solchen Zugriffen könnten aber England und Rußland und vielleicht auch Italien nicht ruhig zusehen. Der Staatspräsident fügte hinzu, seine Worte seien keine Drohungen, sondern nur eine Befestigung gewesen. Niemand könne behaupten, daß er mit Landeserrat gedroht habe.

Preußens Sitz in der Reichsbahngesellschaft

Der Streit mit dem Reich.

Der preussische Ministerpräsident hat dem Landtag unter dem Titel „Mitteilungen der Staatsregierung zur Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft“ eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt. Hieran anschließend betont die Denkschrift, die preussische Staatsregierung könne den Standpunkt, den der Reichskanzler am 21. Januar im Reichstag darlegte, wonach die Reichsregierung alles getan habe, um die Vertretung des Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift zugehen lassen, die eine eingehende Darstellung der bisherigen Entwicklung des Streitfalls unter Bezugnahme des mit dem Reichskanzler getroffenen Schriftwechsels gibt.

Laften zusammenlassen sind wir nur noch Vächter auf unserm Privatigentum. Der Wille zur Tat muß hinter unseren Forderungen stehen. Das Jahr 1928 wird für den deutschen Ackerbauer ein Jahr der Arbeit, ein Jahr der Enthaltensamkeit und Sparfamkeit sein. Aber dies reicht nicht mehr aus, um die auf uns drückenden Laften abzuliegen. Wir sind Zinsnechte auf der ganzen Linie. Deshalb muß die heutige Kundgebung ausfliegen in dem Schwere, unter den Strahlen der beginnenden Frühlingssonne nicht abzuweichen von unseren Forderungen.

Wenn Sie sich zu diesem Grundsatze bekennen haben Sie aber auch heilige Verpflichtungen auf der anderen Seite. Es wird die Arbeit der Wahlen kommen. Vergessen Sie bei den Wahlen den richtigen Anschlag zu finden, dann wird die Landwirtschaft es nicht mehr nötig haben, sich zu kämpfen, dann wird sie erledigt sein.

Wir kämpfen für den deutschen Bauernhof und für die deutsche Kultur. Wir sind gewillt, Deutschland freimachen und aufbauen zu helfen, wenn uns der Platz eingeräumt wird, der uns als geehrte Wirtschaftskörper gebührt. Mit Gott vergaht! Braulender Beifall folgte der Rede.

Das Schlusswort

Speach der Landesvorsitzende des Sächsischen Landbundes, Vutsbesitzer R. Schreiber-Rischwitz, M. d. L.: Ich stelle noch einmal fest, daß wir nichts Unmögliches verlangen. Wir wollen weiter nichts, als unser Recht, das man anderen Verhältnissen gewährt. (Sehr richtig! von allen Seiten.) Wenn Sie uns nahegelegt haben, daß wir fester und schärfer auftreten müßten, so trifft dieser Vorwurf nicht allenthalben zu, aber ich kann Ihnen nachsagen, daß die Sorgen, die Sie bedrücken, auch einmal zur Explosion kommen. Ich kann jedoch versichern, daß unsere Arbeit nicht umsonst gewesen ist, vor allem haben wir vielerlei verhindert, das uns ungeheuren Schaden hätte zufügen können. Wenn wir nicht alles erreicht haben, was wir fordern und wünschen müssen, so ist daran das neueitliche parlamentarisch-demokratische System schuld. Deshalb soll es unser Ziel sein, mit diesem System zu brechen. Es muß sein monarchisches System sein, aber es muß wieder ein zweifachem System eingeführt werden, das eine Regulierung der Gesetzgebung ermöglicht.

Was den Landbund stark!

muß unsere Hauptforderung sein. Wir wollen mit den anderen Ständen im Volke gern zusammenarbeiten und auch mit den politischen Parteien zusammenleben, die bisher für uns eingetreten sind. Aber Einbruch können wir nur machen, wenn wir so stark sind, daß unsere Forderungen an der maßgebenden Stelle die gehörige Beachtung finden. Wir wollen aber auch unser Vertrauen zu Gott und zu uns selbst nicht verlieren und uns durchsetzen allen Widerständen zum Trotz.

Der Redner gab dann bekannt, daß ein Begrüßungsprogramm an den Reichsernährungsminister Schiele abgefaßt werden solle mit der Versicherung, daß der Landbund nicht ruhen werde, bis die Forderungen der Landwirtschaft durchgeführt seien. Dabei stimmte man in den Schlußruf ein: Der Reichslandbund, der Sächsische Landbund hoch!

Mit dem gemeinsam gelungenen Deutschland-Liede und dem wider imposant wirkenden Ausmarsch der Hähnen bei Marschklängen der Kapelle schloß die Versammlung und damit die diesjährige Grüne Sächsische Woche.

Die Kundgebung der Landwirtschaft.

Eine der Presse übergebene Kundgebung des Sächsischen Landbundes, gerichtet an die Reichsregierung, die Landesregierung und an das deutsche Volk, sagt die Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft zusammen. Sie lautet u. a.

„Die sächsische Landwirtschaft, vertreten durch 5000 Bauern aus allen Teilen Sachsens wendet sich anlässlich der Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes im Zirkus Carosanz noch einmal an Reichs- und Landesregierung und an das deutsche Volk. Laßt die Reichsregierung der Landwirtschaft, die aus allen Bauern des Reiches laut geworden sind, nicht ungehört.“

Es ist bittere Wahrheit. Wir sind am Ende!

Immer wieder haben wir auf die Folgen einer einseitig auf den Export gerichteten Wirtschaftspolitik hingewiesen. Man hat nicht auf uns gehört. Dagegen haben wir aus der Substanz gewirtschaftet und für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung zur Sicherung der Ernährung der deutschen Bevölkerung eine ungeheure Schuldenlast auf uns genommen, die uns jetzt erdrückt. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten und zu den Anschaffungskosten der Betriebsmittel. Unter dem Zinsendienst und dem zunehmenden Druck der Belastung durch die öffentliche Hand erliegen unsere Betriebe. Wir können nicht mehr! Die schwere Krise, in der sich die Landwirtschaft befindet, ist kein Reinigungs-

prozeß, wie Optimisten glauben. Es geht nicht um die Existenz einzelner.

Es geht um das Schicksal der gesamten deutschen Landwirtschaft, von deren Erhaltung Deutschlands politische Zukunft abhängt.

Unlösbar verbunden mit der deutschen Volkswirtschaft, bedeutet der Zusammenbruch der Landwirtschaft auch eine Katastrophe für jene, die wir den Dingen naheleben, und Ursachen und Wirkung voll übersehen, wir warnen vor den verhängnisvollen Folgen, die unausweichlich sind, wenn nicht das Steuer der Wirtschaftspolitik herumgeworfen wird und alle Kräfte eingesetzt werden, um die Landwirtschaft zu retten.

Voraussetzung für die landwirtschaftliche Produktion ist die unverzügliche Wiederherstellung der Rentabilität.

Dazu ist unumgänglich notwendig:

Erlass der Steuern, die nicht aus dem Einkommen gezahlt werden können. Unterlassung aller Zwangsmaßnahmen, zwecks Beibehaltung rückständiger Steuern, Senkung der steuerlichen Belastung, insbesondere der nicht mehr berechtigten, einseitigen Vorbelastung durch die Realsteuern, in erste Linie die Grundsteuer. Anpassung der gesamten steuerlichen Belastung des einzelnen an die Leistungsfähigkeit seines Betriebes, Ablehnung des Systems der rohen Objektsteuer. Fortfall der Reichssteuer für die Landwirtschaft. Restrukturierung der gesamten öffentlichen Verwaltung, Durchsetzung einer Verwaltungsreform mit dem Ergebnis einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. Größere Klarheit in der gesamten Finanzangelegenheit aller öffentlichen Stellen und zu diesem Zweck Vereinfachung der Steuererhebung für Länder und Gemeinden. Beschleunigte Durchführung einer Umschulung durch Überführung der kurzfristigen Personalerschulung in langfristige Realcredits; Herabsetzung des Zinsfußes auf eine tragbare Höhe.

Beseitigung der außerpolitischen Vorbelastung unserer Wirtschaft. Zielbewusste Führung der Politik zur Herabsetzung der Devisen-Kosten. Abbildung der Handelsbilanz durch Drosselung aller entbehrlichen Einfuhr. Sofortige Sperrung der Grenzen gegen die Einfuhr von Fleisch und Vieh. Beseitigung der sozialen Gesetzgebung mit dem Ziele, die soziale Belastung der wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes anzupassen. Strenge Bewusstseinsbildung der Bevölkerungsträger in ihrer Finanzangelegenheit und größte Sparfamkeit in der Verwaltung. Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das mit seiner Regelung des Anreizungsanspruches nach dem letzten Verdienst und mit dem Fortfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung für den Unterstufungsbesuch den Arbeitswillen schwächt.

Was wir fordern, dient nicht so sehr uns, als vielmehr dem ganzen Volk. Sein oder Nichtsein der Landwirtschaft bedeutet Leben oder Sterben auch für das deutsche Volk. Regierung und Reichstag mögen sich aber durch die noch bewahrte Ruhe und Besonnenheit nicht täuschen lassen über die in unseren Reihen herrschende

furchtbare Verzweiflung und Erbitterung.

Geht man auch diesmal wieder an unseren Forderungen achtlos vorbei, gibt man den deutschen Acker preis, dann wird die Verzweiflung leidenschaftlich hochbranden. Niemals wird sich der deutsche Bauer kampflos von Hof und Herd vertreiben lassen.

Wir warnen in letzter Stunde!

Deutscher Reichstag.

(370. Sitzung.) CB, Berlin, 28. Januar.

Präsident Lohse kam bei Eröffnung der Sitzung auf die Vorgänge zurück, die sich am Schluß der vorhergehenden Sitzung ereigneten. Der Präsident stellte fest, daß die Rede des Abg. Fried arohe Verzweiflung gegen die parlamentarische Ordnung enthalten habe, die den Vizepräsidenten Graf zu weiteren Maßnahmen veranlaßt hätten, wenn ihr genauer Wortlaut zu verlesen gewesen wäre. (Lachen links.) Graf hätte sofort mitgeteilt, daß er nach Einsichtnahme in das Stenogramm das weitere veranlassen werde. Im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten Graf, so fuhr Präsident Lohse fort, werde hiermit der Abg. Dr. Fried wegen der Beschimpfungen, die er gegen die abgetretenen Minister Erbtrauer

und Rathenau nach dem ersten Ordnungsruf noch zurückgekehrt habe, und für die Ausführungen am Schluß seiner Rede, die den heutigen Staat und die Republik Deutschland in größtlich beschimpfenden Ausdrücken herabsetzten, zur Ordnung gerufen. Die weiteren Maßnahmen, die zweifellos geltend einem Ordnungsruf gefolgt wären, wenn eine sofortige Rüge öffentlich gewesen wäre, könnten heute nicht mehr angeordnet werden.

Präsident Lohse rief weiter den Abg. Jodasch (Komm.) zur Ordnung wegen der Drohungen, die er gegen den Vizepräsidenten Graf ausgesprochen habe. Es sei im Reichstage immer möglich gewesen, gegen eventuelle Fehlgriffe Einspruch zu erheben. Der Präsident riefte noch mit, daß die kommunistischen Abgeordneten Berg und Florin gegen ihren Ausschluß Einspruch erhoben hätten.

Abg. Zörgler (Komm.) erklärte, die Beschimpfungen des Herrn Graf träten immer nur dann sporadisch ein, wenn die Darlegungen von rechts stammten. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten wurde die Angelegenheit dem Ältestenrat zur weiteren Beratung übergeben.

Das Haus setzte dann die zweite Beratung des Haushalts des Justizministeriums fort.

Abg. Schölem (Zentrum) nannte den Vizepräsidenten Graf einen der dümmsten und brutalsten Präsidenten, die der Reichstag je gehabt habe. (Der Redner erhielt einen Ordnungsruf.) Abg. Schölem feigte keine Angriffe gegen den Vizepräsidenten Graf fort und erhielt im Verlauf seiner Ausführungen weitere drei Ordnungsrufe. Als ihm Präsident Lohse das Wort entziehen wollte, vertiefte er schließlich die Rednertribüne.

Abg. Brodau (Dem.) äußerte Befremden und Mißfallen darüber, daß die Gemeindevorstände des Abg. Dr. Fried nicht sofort zurückgezogen worden seien. Der Redner richtete an den Reichsjustizminister die Frage, was er zu tun gedente, damit der durch den Staatsgerichtshof festgestellte Anspruch Preußens auf den Reichsbahnverwaltungsrat nicht alsbald verwirklicht werde. Der Redner erklärte, daß besonders bei Beschimpfungen der republikanischen Staatsorgane gegen links schärfer vorgegangen werde als gegen rechts. Man könnte also nicht davon reden, daß die Vertrauenskrise beendet sei. Sie werde erst aufhören, wenn die gesamte Richterkrise von der Erkenntnis durchdrungen sei, daß Deutsches Reich und Deutsche Republik unzerstörbar seien.

Abg. Wendel (Din.) wandte sich gegen die Schädigungen, die dem Handwerk und dem Gewerbe durch die Gefängnisarbeit zugefügt werden.

Reichsjustizminister Berg

erklärte, daß er für die Frage des Verwaltungsrats der Reichsbahn nicht zuständig sei. Der Gesetzesentwurf zur Wahrung der Reichsgerichtsämter im Reichstag. Die Aufwertungsrechnung des Reichsgerichts habe zwar noch nicht die erforderliche Klarheit in ihren Richtlinien gefunden. Es bestände aber noch kein Anlaß zu gesetzlichem Einschreiten. Die Frage der Besonnenheit werde Reichsregierung und Reichstag nach beschließigen, keinesfalls barsten die Interessen des Handwerks geschädigt werden.

Abg. Dr. Lüder (Dem.) forderte weitgehende Härten für die entlassenen Strafgefangenen. Die Rednerin verlangte schnelle Reform des Rechts der unehelichen Mutter und Kinder sowie des Eherechts und des Eheverbotensrechts, das der modernen Entwicklung angepaßt werden müßte.

Reichsjustizminister Berg sagte zu, die Erledigung dieser gesetzgeberischen Arbeiten nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Abg. Bus (Komm.) protestierte dagegen, daß die Gesetzgebung die Arbeiterschaft viel schärfer angegriffen würden als gegen die Angehörigen der höheren Gesellschaftsschichten.

Abg. von Namin (Voll.) forderte schärfere Betonung des öffentlichen Gedankens im deutschen Staatsleben.

Abg. Höllein (Komm.) fragte, ob es richtig sei, daß sich an einer Kundgebung für die verurteilten Fememörder auch hohe Reichsbeamte beteiligen hätten. Als der Redner dem Reichsgericht im Falle des kommunikativen Dichters Becker zugehörige Rechtmäßigkeit vorwirft, erhält er vom Präsidenten eine Rüge.

Abg. Lohmann (Din.) erklärte, wenn die meisten Entscheidungen des Staatsgerichtshofes zum Schande der Republik sich gegen links gerichtet hätten, so sei das nur ein Beweis dafür, daß die Republik von links mehr als von rechts gefährdet worden sei.

Abg. Dr. Wolf (Ztr.) setzte sich im Gegensatz zu verschiedenen Anträgen dafür ein, daß das Reichspatentamt beim Nestor des Reichsjustizministeriums bleibe. Damit schloß die Aussprache.

Die Abstimmungen finden am Montag statt.

Der Haushalt der Reichsjustiz wurde ohne Aussprache angenommen. Beim Haushalt des Reichsrechnungshofes und des Reichsstatistikkommissionars erklärte Abg. Simon-Schwaben (Ztr.), die Zahlung der Rührmilchungen und die Höflichkeitsangelegenheit habe die Notwendigkeit angeleitet, eine schärfere Kontrolle über die Reichsfinanzen auszuüben. Der Redner forderte, daß besonders in der letzteren Frage baldigst eine Klärung herbeigeführt werde. Nach dieser Zeit wurde dann erledigt.

Das Haus verlegte sich auf Montag, um den Etat des Auswärtigen Amtes zu beraten.



Färberei u. chem. Wäscherei
Mayser
reinigt und färbt Herren- und
Damengarderobe bestens
Meissen, Hahnemannsplatz.
Annahmestelle: Alfred Dürre, Wilsdruff, Zedtlstraße

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt.

DIE SCHAUSPIELERIN

ROMAN VON OTFRIED VON HANSTEIN

Copyright by Maria Fuchswaeger, Halle a. S.

Den 6. Oktober.

Wir zittern noch die Glieder, wenn ich an gestern denke! Wie früh hier der Winter kommt! Schon liegt überall hoher Schnee und es ist erst Oktober.

Gestern machten wir einen Abstecher nach Viala. Wir fuhrten mit einem Kremser drei Stunden. Dann kamen wir in ein ganz neugebautes Haus. Die Wände waren feucht und von Reis bebedt und das Wasser in den Waschbecken gefroren. Der Ofen heizte schlecht und qualmte so, daß wir ihn ausgeben lassen mußten. Daß wir uns nicht alle eine Augenentzündung geholt haben, begreife ich nicht.

In dem eiskalten Raum mußten wir uns ja bis aufs Hemd entkleiden, um uns umzuziehen, dann kamen wir auf die Bühne. Der Saal war voll und heiß und also die Bühne auch.

Es war wieder die „Herma“, die ich spielte. Dann im Zwischenakt wieder das Umkleiden in der unter der Bühne gelegenen kalten Garderobe.

Nach der Vorstellung wärmten wir uns eine halbe Stunde vorn im Lokal. Da saßen die Besucher und machten uns Komplimente. Endlich drängten wir uns in dem nur durch Vorhänge geschützten Wagen eng aneinander, streckten die Füße in das Stroh, das am Boden lag, und fuhrten gitternd drei Stunden heim. Zum Glück habe

ich eine Teemaschine und konnte mir noch etwas Warmes zu trinken machen, aber meine erfarrten Finger vermochten kaum das Streichholz zu entzünden.

Und solche Absteher machen wir den ganzen Winter durch wöchentlich zwei. Dabei wird es doch noch kälter. Es sollen hier oft wochenlang zwanzig Grad Kälte sein.

Ja, leicht ist es nicht, und er ist dornenvoll, der Weg, den wir gehen müssen.

Am ersten Weihnachtsfeiertag.

Weihnachten! Das erste in der Fremde. Ich mußte die ganzen Tage mit den Tränen kämpfen. Wir waren alle mit dem Direktor als dessen Gäste zusammen. Ein Lichterbaum stand auf dem Tisch und wir aßen Gänsebraten. Robert Gruber ist rührend zu mir. Er sah mir wohl an, wie ich litt, und suchte mir Liebes zu tun. Er ist der einzige wirklich Gebildete unter der Truppe.

Wie schade ist es um ihn! Wir sind oft miteinander spazierengegangen. Er ist mir ein lieber, treuer Freund geworden, und wenn ich daran denke, daß wir doch wohl im Frühjahr wieder auseinandergehen werden, krampt sich mein Herz zusammen. Ich bin so gewöhnt daran, daß er mir die Sterne aus dem Wege räumt. Manchmal denke ich, er sei mir ein naher Verwandter.

Ich habe viel geweint gestern. Es ist so traurig, wenn man am Weihnachtsabend keinen Brief, kein Paket bekommt. Ich habe an meinen Vater geschrieben. Ob er den Brief annimmt?

Wie ich abends auf mein Zimmer trat, stand ein kleiner Baum mit Lichtern auf meinem Tisch und ein Zettel darunter mit den Worten:

„Nicht traurig sein!“

Den hatte Gruber heimlich gebracht. Ich steckte die Lichtlein an, aber da war es mit meiner Fassung vorbei. Laut ausschützend brach ich zusammen.

Vorige Weihnachten war ich beim Pfarrer Sanders. Wie weihewoll war es da!

Jetzt bin ich allein. Ich dachte an die große Bescherung daheim. Nun stand wohl der Vater mit dem Bruder unter dem brennenden Baum. An Georg erinnerte ich mich wenig. Er war ja fast nie daheim, und ich sah ihn wenig. Aber er war immer lieb zu seiner kleinen Schwester. Ob sie wohl an mich denkt? Gewiß nicht. Georg hat seine junge Frau, und mein Vater. . . Wie ist es möglich, am Weihnachtsabend unverföhlich zu sein!

Am 1. Februar.

Nun bin ich schon vier Monate hier. Wie die Zeit vergeht! Die große Kälte ist gebrochen und es tauet. Vielleicht ist das noch unangenehmer.

Ich habe sehr viel gespielt und bin eine routinierte Schauspielerin geworden. Aber oft bin ich doch recht kleinmütig. Wird es mir gelingen, mich emporzuarbeiten?

Was nützt es mich, der Lieblich von Raffenburg zu sein? Der bin ich entschieden. Ich kann mich sonst eigentlich über nichts beklagen. Es ist sehr, sehr viel Arbeit und die ewigen Absteher sind furchtbar. Aber es ist merkwürdig, was der Mensch aushalten kann und wie man sich abhört.

Ich habe Sorgen um die Zukunft und fürchte, daß ich noch ein weiteres Jahr hierbleiben muß. Ich habe auf Robert Grubers Rat an verschiedene Theateragenturen geschrieben und sie haben mir auch Angebote an die verschiedensten Theater gemacht, natürlich an kleine.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Auslandsanleihe für Reparationen.

Da die Beschaffung des für die Ausführungen der Reparationen erforderlichen Kreditbedarfs auf dem inländischen Geldmarkt noch nicht möglich ist und weder das Reich noch die Länder in der Lage sind, die erforderlichen Geldmittel in Form von Krediten bereitzustellen, soll versucht werden, die Mittel durch eine von der Rentenbankkreditanstalt aufzunehmende langfristige Auslandsanleihe für das ganze Reich zu beschaffen.

Die Vorfälle bei den Reichswehrfesten.

Von berufener Seite mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Verhaftung von Funkern in Gießen und Fulda um eine Angelegenheit, die keine allzu große Bedeutung haben dürfte. Den Funkern wird ein Verstoß gegen die Betriebsvorschriften zur Last gelegt. Das haben die in Fulda Verhafteten sofort zugestanden, worauf sie vom Bericht alsbald wieder freigelassen wurden. Gegen die Gießener Funker schwebt noch eine Untersuchung. Sonst sind nirgends Funker verhaftet worden.

Botschafter Schurman über gemeinsame Arbeit.

Auf dem anlässlich der Feier des 25jährigen Bestehens der amerikanischen Handelskammer in Deutschland in Berlin veranstalteten Festsessen hielt der amerikanische Botschafter Schurman eine Rede, in der er die Bedeutung der Handelskammer als Faktor der Wirtschaftsverständigung hervorhob. Von den 21 amerikanischen Handelskammern im Auslande habe es besonders die in Deutschland verstanden dem Geist der Zusammenarbeit auch international größere Geltung zu verschaffen. Zum Schluss seiner Rede betonte der Botschafter die Bedeutung der Wissenschaft für den wirtschaftlichen Fortschritt, wobei er besonders der deutschen Universitäten rühmend gedachte.

75. Geburtstag des heftischen Staatspräsidenten.

Am 28. Januar vollendete Heffens Staatspräsident Ulrich das 75. Lebensjahr. Reichspräsident von Hindenburg übermittelte Ulrich telegraphisch seine Glückwünsche. Reichskanzler Dr. Marx sandte für sich und die Reichsregierung die aufrichtigsten Glückwünsche. Die Wünsche der preussischen Regierung sprach Ministerpräsident Traun in längerem Schreiben aus. Ein Glückwunschtelegramm des Reichsverkehrsministers noch ließ gleichfalls neben den zahlreichen weiteren Gratulationen ein.

Rußland.

Unterwerfung Sinowjews und Kamenevs.

In Moskau wird ein Brief Sinowjews und Kamenevs veröffentlicht, in dem die beiden bisherigen Oppositionsführer erklären, daß sie sich von der Trotski-Gruppe in der Frage der wahren und wirklichen Unterwerfung unter die Befehle des 13. Parteilages trennten, daß sie die Richtung der Organisation einer zweiten Partei für verwerflich erachteten und daß der Verzicht auf weiteren Kampf gegen die Partei unbedingt von den Grundinteressen der Diktatur des Proletariats diktiert werde. Sie fordern alle Anhänger der Opposition auf, sich ebenfalls den Befehlen des Parteikongresses zu unterwerfen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der König von Albanien wird, wie nunmehr sicher ist, voraussichtlich Mitte März nach Berlin kommen.

Berlin. Die deutschnationale Landtagsabgeordnete Frau von Tilling ist zur kommissarischen Mitarbeiterin im Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulfragen berufen worden. Frau von Tilling steht der evangelischen Frauenbewegung nahe.

Dresden. Der Landesparteitag der sächsischen Zentrumspartei findet am Sonntag, dem 11. März d. J., in Dresden statt.

Düsseldorf. Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Volkspartei hat mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, dem zukünftigen Parteitag als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen nicht den Reichskanzler a. D. Dr. Brücker, sondern die Herren Staatssekretär Dr. Schmid und Franz Glöckel (Eisen) zu empfehlen.

Stuttgart. Das Staatsministerium hat die Reichsregierung gebeten, den Reichspartkommissar Samisch nach Weimern zu entsenden.

Paris. Wie gemeldet wird, dürfte Spanien auf der Konferenz der Völkerbund im September d. J. wieder in den Schoß des Völkerbundes zurückkehren, nachdem zwei Jahre seines Fernbleibens abgelaufen sind.

Sandon. Prinzessin Anna, die Frau des Großfürsten

Vladimir, wurde von einem Knaben ertränkt. Prinzessin Anna ist die Tochter des amerikanischen Millionärs John Emery, der ihr ein Vermögen von 100 Millionen Mark hinterließ. Da keiner der anderen Großfürsten der direkten Linie der Romanows Nachkommen hat, rechnet man mit der Möglichkeit, daß für das Kind der Prinzessin Anna Ansprüche auf den Thron der Romanows gemacht werden.

Kopenhagen. Der dänische Außenminister Rastved hat in Absprache mit dem Finanzminister des Reichstages den Beschluß gefaßt, für die dänische Teilnahme an der „Prensa“ in Rio einen Betrag von 12.000 Kronen als Zuschuß bereitzustellen.

Flagstaff (Arizona). In der letzten Woche hat bei Arizon zwischen Bundesstruppen und Aufständischen ein schwerer Kampf stattgefunden. Siebenunddreißig Aufständische und 14 Mann der Bundesstruppen sind gefallen.

Savanna. Der Vorsitzende der bolivianischen Delegation erklärt, daß Bolivien einen Zugang zum Pazifik erhalte. Er erklärte, weder der Panamerikanismus, noch dauernder Frieden können jemals erreicht werden, solange Bolivien der Zugang zum Meere vorenthalten werde.

Neues aus aller Welt

Stapellauf eines neuen Motorschiffes der Hayag. Auf der Deutschen Werft in Hamburg wurde ein neues Motorschiff der Hayag auf den Namen „Los Angeles“ getauft und vom Stapel gelassen. Bei dieser Feier verlas der amerikanische Konsul in Hamburg, W. E. Van, eine herzlich gehaltene Rede des Bürgermeisters von Los Angeles. Das Schiff wird dem Verkehr zwischen Hamburg und der nordamerikanischen Westküste dienen.

Auf dem Motorrad von Berlin nach Kairo. Mit einem Motorrad unternahm am 12. November zwei Deutsche eine Reise von Berlin aus über den Balkan, Anatolien, Palästina nach Ägypten. Die Leistung der beiden Motorradfahrer, die unter Erbuldung großer Strapazen die 8900 Kilometer lange Strecke bewältigt haben, wird als ganz hervorragend gewürdigt. In Kairo fand eine Begrüßung durch die Gesandtschaft, den Verein der Deutschen und die Presse statt.

Zeppelinlandung auf dem Flugzeugmutter Schiff geungen. Die „Los Angeles“ hat die geplante Landung auf dem Flugzeugmutter Schiff „Saratoga“ erfolgreich ausgeführt. Sie befand sich auf dem Wege nach Linnahaven Roads bei Los Angeles, als das Luftschiff in Lateburg aufstieg. 90 Meilen südlich Cerritoport kam die Landung zustande. Das Luftschiff ging kurz hinter der „Saratoga“ mit der Spitze hinunter, der Kumpf folgte nach und schob sich langsam über das Flugdeck, bis die Führergondel die „Saratoga“ erreicht hatte. Darauf zog die Matrosen das Luftschiff mit dem abgeworfenen Seil

Das erste Reklamedenkmal.



An einer Chaussee in der Nähe von Bauneh ist ein Denkmal als Reklame für Automobilisten errichtet worden. Derartige Reklamedenkmäler sind auf amerikanischen Landstraßen nicht Neues, doch dürfte es in Deutschland das erste seiner Art sein.

nach, bis die Führergondel sicher auf dem Flugdeck ruhte. Der Hinterteil des Luftschiffes wurde nicht nachgezogen. Nach der Benzinverjüngung flog die „Los Angeles“ wieder sicher davon. Bei dieser Operation fuhr das Schiff mit 15 bis 30 Knoten Geschwindigkeit.

Die Geburtslagfeier in Doorn. Der Geburtslag des ehemaligen Kaisers zeichnete sich durch besonders regen Verkehr in Doorn aus. Autos brachten von allen Seiten Gratulanten, die entweder die Glückwunschkarten unterzeichneten oder ihre Wünsche persönlich überbrachten. Zum Besuch waren u. a. eingetroffen, der ehemalige Kronprinz Prinz Heinrich, der Herzog und die Herzogin von Braunschweig und der Prinz von Hessen.

Sawinennunfälle. Bei starkem Sturm ging am Westhang des Seiffengrabens unterhalb der Hampelbaude im Riesengebirge eine riesige Schneelawine nieder. Die Holzgarade, die bei dem Bau der Salschleusenrodelbahn als Kantine dient, wurde zertrümmert. Auch mehrere ständige Arbeiter, an denen sich über hundert Mann beteiligten, wurde die Leiche des Logierhausbesizers Hampel aus Bräudenberg aus den Schneemassen geborgen. Ferner ging in Hinterhubach im Tauernmoos eine Staublawine nieder, durch die ein Bautechniker aus Innsbruck verschüttet wurde.

Ein schwarzer Tag für die Fliegerei. Ein Wasserflugzeug stürzte bei Szeged ins Meer. Der Mechaniker ist ertrunken, während der Pilot, ein Leutnant, sich mit gebrochenem Fuß auf einem aus dem Wasser ragenden Flügel des Flugzeugs in Sicherheit bringen konnte. — Etwa zur selben Zeit stürzte während eines Probefluges in Posen der Militärflieger Polku aus mehreren hundert Metern Höhe ab. Der Benzinbehälter explodierte und das Flugzeug ging in Flammen auf, wobei der Flieger verbrannte.

Ein Walfischfänger gesunken. Nach in Lönserberg eingelassenen Mitteilungen ist der Walfischfänger „Scapa“ auf dem Fangfelde südlich der Orkney-Inseln untergegangen. Von der sechzehn Mann starken Besatzung sollen nur drei Mann gerettet sein. Das Schiff gehörte einer britischen Gesellschaft, hatte aber norwegische Besatzung an Bord.

Begräbnisfeier für einen deutschen Kriegsveteranen in Amerika. Die Amerikanische Legion in Jersey-Stadt veranstaltete eine Geldsammlung, um dem deutschen Kriegsteilnehmer von 1870 Max Bachmeier, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Verdienstmedaille, ein würdevolles Begräbnis zu sichern. Bachmeier, der zuletzt Angestellter einer amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft war, ist mittellos gestorben und wäre ohne die Hilfe der Amerikanischen Legion auf dem Armenfriedhof begraben worden.

Deutschenmord in Persien. Der Sohn des in Rußla tätigen Amtsgerichtsrats Dr. Stoll, der Sprachforscher Dr. Walter Stoll, ist in Persien ermordet worden. Der Mörder soll festgenommen sein.

Bunte Tageschronik.

München. In einer Kaffeehauskaffe in Weingartengrund wurde bei einer Kontrolle ein Fehlbetrag von über 20.000 Mark festgestellt, der bis zum Jahre 1924 zurückgehen soll.

München. Wegen einer Restschuld von 15 Pfennigen für ein Glas Bier lauzerte der Landwirt Treßler in Nudgen (Schwabau) dem 25jährigen Schäfer Vinzenz Waldenmaier auf, den er dann nach kurzem Streit erschoss. Treßler wurde verhaftet.

Spiel und Sport.

Sp. Die wichtigsten Berliner Trabrenntermine des Jahres 1923 sind: Nuddenrennen am Sonntag, dem 22. April; Trabrennen am Sonntag, dem 23. September; Großer Preis von Berlin am Sonntag, dem 11. November, für Mariendorf. Ausleben veranstaltet am Sonntag, dem 27. Mai (Pflingsten), das deutsche Trabrennen und am Sonntag, dem 21. Juni, den Großen Preis von Ausleben.

Das mitteldeutsche Postalspiel zwischen den beiden Dresdener Vereinen SC. und Guts Muths, das am 5. Februar vor sich gehen sollte, wurde wegen der zurzeit schlechten Platzverhältnisse auf unbestimmte Zeit verlegt.

Der Deutsche Seglerverband wird sich in diesem Jahr an den Segeltrennen um den Goldpokal des finnischen Adelsklo Nachts, die am 8. Juni bei Sandham beginnen, beteiligen.

440 Nennungen zu den Deutschen Tischtennismeisterschaften. Für die internationalen deutschen Tischtennismeisterschaften hat der Nennungsloos ein Ergebnis von 440 Nennungen ergeben, ein Resultat, wie es bisher noch nie der Fall war. Das Turnier beginnt am 31. Januar.

DIE SCHAUSPIELERIN

ROMAN VON OTFRIED VON HANSTEIN

Copyright by Merilo Fruchtweiger, Halle a. S.

Ich habe die Verträge unterschrieben, aber nie ist ein Abschluß zustande gekommen. Ich glaube, die Agenturen bieten viele Stellen an, die gar nicht frei sind, nur um den Schauspieler hinzuhalten.

Gruber hat auch noch nichts. Es tut mir leid für ihn, aber manchmal bin ich egoistisch genug, um mich zu freuen. Wenn er fortginge und ich müßte hierbleiben, es wäre schrecklich.

Die anderen sind ja freundlich und nett, aber ich kann mich nicht an sie anschließen. Sie sind aus so ganz anderen Schichten und haben längst resigniert. Robert und ich — ich meine ihn jetzt oft nur noch Robert — sind die einzigen, die noch ein Ideal in der Brust haben und vorwärts streben.

Ich fühle mich auch von meinem Fach nicht befriedigt. Ich bin wohl dankbar, denn es sind schöne Rollen und ich gefalle in ihnen, aber diese Partien sind so nichtig. Ich möchte so gerne junge Heroinnen spielen. Rollen, in denen man denken und fühlen kann, wie ich sie kribbelt habe.

Ich lerne jetzt so leicht, daß ich trotz der vielen Arbeit noch Zeit gefunden habe, verschiedene klassische Rollen zu studieren.

Robert hat mir geholfen. Alles, was er sagt, hat Hand und Fuß und ist so richtig. Ich fühle, daß ich nun ganz

anders spreche und spiele als vor einem Jahre. Ich will den Mut nicht verlieren, ich fühle, daß ich etwas kann, und nun will ich es erreichen.

Es ist seltsam, wie ich in all meinen Gedanken immer wieder zu Robert Gruber zurückkehre. Er und die Kunst sind für mich so eng verbunden. Ich achte ihn so. Auch er hat ein ehrliches Streben und ist nun schon Jahre bei solchen kleinen Gesellschaften.

Streben tut's nicht allein und können auch nicht. Glück und Fürsprache! Wie recht hatte er, als er mir damals dies sagte. Was nützt es uns, wenn uns niemand sieht!

Ich verstehe nicht, daß sein Bruder nichts für ihn tut. Ich habe von dem jetzt eine recht schlechte Meinung. Robert könnte an einem großen Theater mit demselben Erfolg spielen.

Jetzt schreibe ich immer wieder von ihm — es ist wohl nur die Dankbarkeit, die ich für ihn hege. Was wäre ich ohne seine Empfehlung und ohne seine Hilfe?

Ich glaube, er hat mich auch gern. Er sieht mich oft so ernst und gedankenvoll an. Macht er sich auch Sorgen um meine Zukunft?

Nun, noch ist aber ein Monat Zeit. Gott sei Dank, daß es soviel Arbeit gibt, da ist weniger Zeit zum Nachdenken. Aber wenn ich auf der Bühne stehe, dann ist es mir doch, als müßte ich es erreichen.

Ich glaube, Robert hat recht, wer ein Paar Stiefel am Theater gerührt, den läßt es nicht mehr los.

Wer in die Zukunft zu blicken vermöchte!

Palmsonntag 19 . .

Palmsonntag! Ein feierlicher Tag in der christlichen Kirche, der große Trauertag für unzählige Schauspieler.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Arbeit — deutsche Waren

Ministerreden zur „Grünen Woche“

Schiele und Steiger.

Bei dem Festakt zur Eröffnung der „Grünen Woche“ nahm zunächst Reichsernährungsminister Schiele das Wort und führte aus, daß der dritten „Grünen Woche in Berlin“ eine ganz besondere Bedeutung zukomme in einer Zeit der großen Not der deutschen Landwirtschaft. Die schweren Verlustjahre, die hinter der Landwirtschaft liegen, sollten das ganze Volk daran erinnern, daß mit der Erziehung der Landwirtschaft letzten Endes die Grundlage der gesamten deutschen Wirtschaft auf dem Ertrage liege. An der Not der Landwirtschaft habe aber



Preussischer Landwirtschaftsminister Dr. Steiger.

auch der ständig wachsende Einbruch ausländischer Lebensmittel schuld. Die vier Milliarden Mark dafür hätten bei rationeller und intensiver Bewirtschaftung zum großen Teil im Lande bleiben können. Voraussetzung aber sei dafür eine planmäßige auf dieses Ziel gerichtete Handelspolitik. Letztlichige Selbsthilfe dürfe aber niemals fehlen.

Die „Grüne Woche“ soll sein ein Ansporn für die Erzeuger und ein Appell an unsere Verbraucher, vor allem an unsere Mütter und Hausfrauen: für deutsche Arbeit und für deutsche Waren.

Die Ansprache des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger wies zunächst auf die Jagdausstellung hin, die diesmal durch den Zusammenschluß der deutschen Jägerorganisationen ein besonders eindrucksvolles Bild gebe. Die Jagdausstellung habe ihre Bedeutung vor allem in der Behandlung des einheimischen Wildes. Wenn auch Deutschland Holzexportland bleibe, so könne doch die richtige Holzbehandlung die Einfuhr auf ein Minimum einschränken. Die „Grüne Woche“ wende sich zum Unterschied von den großen Wanderausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft auch an die Verbraucher. Mit im Vordergrund der jetzigen Ausstellung ständen Milch und Kartoffeln. Die Sonderausstellungen, die der Gellägel, dem Honig, der Binnenfischerei und dem Gartenbau gewidmet sind, zeigten die ganze Vielseitigkeit des landwirtschaftlichen Berufslebens.

Überbürgermeister Böß hieß die Landwirtschaft in der Reichshauptstadt willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die „Grüne Woche“ mit dazu beitragen möge, die Landwirtschaft besseren Zeiten entgegenzuführen. Der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. h. c.

von Weßlich, forderte für die notleidende Landwirtschaft sofortige tatkräftige Unterstützung des Staates. Graf Falkenberg, der auch für den Reichslanbbund sprach, betonte, daß der Landwirt im Gegensatz zur Vorkriegszeit beim Anblick der Ausstellung mit Schmerz feststellen müsse, daß ihm durch die schwierige wirtschaftliche Lage und durch das mangelhafte Verständnis von Regierung und Volksvertretung der Weg zu höchster Leistung verbauert sei.

Aus der landwirtschaftlichen Ausstellung in Berlin.



Im Vordergrund eine moderne Dreckschneidmaschine, im Hintergrund ein Getreidesilo.

Ministerialdirektor a. V. Dr. Wappes, der erste Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, legte dar, daß die Forstaussstellung die Öffentlichkeit für die Mitwirkung am Fortschritt des deutschen Forstwesens gewinnen wolle. Gartenbauinspektor Grobhan, der Präsident des Reichsverbandes des deutschen Gartenbauers, wies darauf hin, daß der Gartenbau mit einer Jahresproduktion von rund zwei Milliarden Mark und einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von nur etwa zwei Prozent den intensivsten Zweig der Landwirtschaft darstelle. Alons Prinz von Hohenhausen führte aus, daß die diesjährige Jagdausstellung zum erstenmal von der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft des Allgemeinen Deutschen Jagdvereins und der Deutschen Jagdammer veranstaltet werde.

vor sich die Augen des Wolfes glühten. Dann fiel das Biege erneut über ihn her. Der Kanadier kämpfte ohne jede Waffe, mit erstarrten Händen und ermattenden Kräften. Er versuchte, die Bestie zu erwürgen, doch seine Finger erlahmten. In Herten hing ihm der Pelz und der dicke Lederröckel vom Körper. Da fiel der schwere Tisch um; ein Messer polierte zu Boden. Nichts suchende Hand fand es. Er zog dem Wolf die Klinge durch den Schlund. Das Tier röchelte kurz. In der Hütte wurde es still.

Eine Pelzhändlerkarawane mit ihren Hundeschritten fand den Kanadier am anderen Tage. Sie brachte den Jäger zum Fort St. George in Sicherheit. Dort lag Michot lange, bis er genas.

Die Kosten der Lebensverlängerung.

Von Dr. med. Otto Möller.

Ein bekanntes Sprichwort besagt: „Umsonst ist der Tod“. Tatsächlich ist eine gesunde Lebensführung mit einigen Unkosten verbunden. Wesentlich aber sind die diesbezüglichen Unterschiede der sozialen Schichtung durchaus nicht. Die Kunst der Lebensverlängerung erfordert keinen erheblichen Geldaufwand. In ganz bescheidenen Verhältnissen sind die wichtigsten Maßnahmen zur Lebensverlängerung gut durchführbar. Der Geldaufwand für die sehr wirksame öffentliche Hygiene, also z. B. für Trinkwasserbereinigung, Abwasserbeseitigung, Bekämpfung von Infektionskrankheiten usw. wird von der Allgemeinheit gedeckt. Viele der wichtigsten Mittel der persönlichen Hygiene sind ohne jede Geldausgabe verfügbar, z. B. Genuß der freien Luft, ausreichende Ruhe und Erholung, Ausübung, Übung der Atmung, ausreichende Lüftung der Wohnung, sorgfames Kaufen. Die Kosten für Reinlichkeitspflege, also für Bäder, für peinlich saubere Kleidung, saubere Wäsche und reine Wohnung sind in jedem Haushalt außerst wichtige Faktoren, viele Infektionskrankheiten sind Schmutzkrankheiten. Hier wäre jedes nicht unbedingt nötige Sparen falsch. Sehr oft sieht man auf die Meinung, eine gesunde, kräftige Ernährung erfordere erhebliche Geldmittel. Richtig ist nur, daß eine überaus fetzte, einseitige, armlische Ernährung schädlich ist, nur bei Brot und Kartoffeln kann man nicht gesund bleiben. Aber die sehr kostspieligen Nahrungsmittel, die auf der Tafel des Bräuers prangen, sind ebenso schädlich wie Hungertod. Einfache gemischte Kost, reichlich Gemüse, Obst, Schwarzbrot, sparsam Fleisch, Eier, Käse, ist die zuträglichste Nahrung. Der goldene Mittelweg gilt auch bezüglich der Kosten für den Lebensgenuß. Richtige Einstellung des Lebensgenusses ist herborragend wichtig. Hier sind zunächst die Genüßmittel anzuführen. Sehr schwere kostspielige Weine sind bei unvorsichtigen Östern oder zu reichlichen Genüß ebenso schädlich wie billige gepanschte Weine und wie der verderbliche fetthaltige Schnaps. Untes Bier und guter leichter Wein bieten Genüß und sind zuträglich. Minderwertiger Kaffee und Tee bieten keinen Genüß, ein kräftiger koffeinfreier Aufguss aber ist bei häufigem Gebrauch sehr schädlich für Herz und Nerven. Reizlich liegen die Verhältnisse beim Tabak. Ganz billige Sorten sind schädlich und bieten keinen Genüß, ganz teure Sorten sind zu stark und daher nachteilig; mächtiges Rauchen guter unversäuerter Fabrikate bietet unschädlichen Genüß. Auch für das geistige Genußleben gilt die Vorsicht des goldenen Mittelweges. Freudloses Dasein stellt eine wichtige Quelle der Lebensverlängerung, aber der Vergnüßungsstau des Genußmenschen vollzieht von Gefahren für Gesundheit und Lebensdauer.

Der Pelzjäger.

Nach einer wahren Begebenheit erzählt von Ernst Herbert Petri.

Blauh und verschommen ging weit drüber im Westen über der Hüfsonbucht die Sonne unter und beschien mit ihren letzten schwachen Strahlen die einsame Schneewüste Labrador. Mühnig kroch Peter Michot, der kanadische Pelzjäger, seiner verkommenen Hütte zu, die zwei Kilometer vor ihm auf dem anderen Ufer des unter Eis ruhenden Flusses lag. Er kam von einer Verhütung seiner weit verstreuten zweihundert Hüllen. Die Beute war jämmerlich gewesen; drei Silberhühner fand er in den Ecken; sechshundert Dollar hätten sie ihm gebracht; doch die Wölfe hatten sie bis auf die Schädel und Knochen verschlungen.

Michot erreichte den Fluß. Vorsichtig stieg er die Böschung hinunter und betrat das Eis. Schritt für Schritt prüfte er den Boden unter der trügerischen Schneedecke. Es wurde schon dunkel, als er an das jenseitige Ufer kam.

Mit einem Sprung wollte der Kanadier das Eis verlassen; da glitt sein rechter Fuß nach hinten und versank; der Körper schlug schwer nach vorn, und ein rasender Schmerz zuckte durch das in der schmalen Eispalte gefangene Bein.

„Gebredert!“ fuhr es Michot durch den Kopf. Kalt lief ihm der Schweiß über den Rücken. Er befreite mühsam seinen Fuß und versuchte aufzutreten. Doch er sackte stöhnend zusammen. Der Unterarm war gebrochen.

Den Einsamen und Hilflosen umgab bald darauf tiefe Nacht. Die Kälte fröste ihm langsam aber unabwehrbar die Glieder hoch und ließ die Füße erstarren.

Auf den Händen und auf dem gebundenen Knie kroch der Jäger die Uferböschung hinauf. Er fürchtete rasend zu werden vor Schmerz. Doch er biß die Zähne zusammen und schleifte sich zweihundert Meter weiter.

Er ruhte einige Minuten. Wieder begann der Frost seine Glieder zu lähmen. Hundert, zweihundert Meter mühte er sich vorwärts. Er mußte sich abermals eine Pause gönnen. Doch die Kälte drang durch den dicken Pelz, und die Hände waren steif in den unförmigen Handschuhen. Die Verzweiflung würgte ihm die Kehle. Kaum ein Kilometer trennte ihn noch von der rettenden Hütte, und doch lag diese für den Hilflosen unendlich weit, unerreichbar.

Mit aller Energie raffte er sich hoch und kroch weiter. Da stieß er auf eine Falle, die letzte vor seiner Hütte, acht-hundert Meter von ihr. Eine Wildkatze hing im Eisen. Eine Wildkatze? Mit entsetzten Augen starrte Michot auf den Kadaver; nur der Kopf und die Vorderhand lagen vor ihm, der Rest war bis auf die Knochen von Wölfen abgefressen.

Da glaubte der Kanadier auch schon schwarze Schatten über den Schnee streichen zu sehen, und aus dem Dunkel glühten ihm ein paar grüne Lichter entgegen. Neuer Lebenswille schoß dem Jäger durch die erlahmten Glieder. Nur nicht bei lebendigem Leib von den Wölfen zerrissen werden!

Michot kroch weiter. Die Verzweiflung trieb ihn an, und die Kälte linderte den Schmerz im gebrochenen Bein. Dreihundert Meter kämpfte er sich vorwärts, dann mußte er wieder halten. Doch da sah er, daß die schwarzen Schatten ihm gefolgt waren; ruhig streichen sie um ihn her. Aus der Ferne klang langgezogenes Klagen des Heulen herüber, und

zwanzig Meter vom Jäger antwortete heiseres, wütendes Heulen. Das Ende mußte kommen, wenn das Rudel dort hinten heran jogte und sich auf ihn stürzte.

Der Kanadier hastete weiter. Vierhundert Meter mochten ihn noch von der Hütte trennen, da starrten ihn wenige Schritte entfernt wieder die Lichter an; sie schienen ihm den Weg versperrt zu wollen. Der Jäger richtete sich auf den Knien hoch, riß die Wäsche von der Schulter, zog mit den Fingern den Handschuh von der erstarrten Rechten und schob die Lichter verschwanden, ein lautes Aufheulen, ein Scharen im Schnee; der Schuß hatte getroffen und Michot Zeit gewonnen; die Wölfe verschlangen den Kanadier. Der Kanadier warf den Gewehrriemen über den Kopf und kroch weiter.

Hinter sich hörte er das Knurren der Tiere, die sich um die Hütte rissen, und schon lang auch das Keuchen des herangelockten Rudels zu ihm. Der Jäger arbeitete sich weiter, daß ihm der Schweiß aus den Poren drang und sich als dackende, quälende Flüssigkeit um die Stirne legte. Schon sah er die Fingerringe, die zwei Minuten von seiner Hütte entfernt stand, da glaubte er den heißen, stinkenden Atem eines Wolfes zu spüren. Er warf sich herum. Fünf Meter vor ihm starrten wieder grüne Lichter. Michot riß die Wäsche an die Schulter. Schlopp gab der Abzug dem Finger nach; der Jäger hatte noch dem ersten Schuß nicht wieder geladen. Er jette am Kammerriegel, die Haut der Handschuh löste in Herten am Stahl, die Kammer rührte sich nicht. Festgefroren!

Mit verzweifelter Wut packte der Kanadier den Lauf und schleuderte das unnütze Gewehr von sich, daß der Wolf aufheulend zurückstob. Da stürzte aber schon das Rudel heran. Schritt um Schritt kroch der Kanadier zurück, das Gesicht den Tieren zugewandt. Lauernd, die blindenden Zähne fleischend, schlich ein Wolf von der Seite heran. Michot zog die achtschüssige Pistole, seine letzte Rettung, aus der Manteltasche und schoß. Das Tier fiel zur Seite und lag still. Das Rudel stürzte auf den Kadaver.

Der Jäger kroch rückwärts weiter; zwei, dreimal hielt er und schoß in das Rudel. Es stob jedesmal heulend auseinander und warf sich dann auf den Getroffenen.

Zwanzig Meter trennten den Kanadier noch von der Hütte, da sprang ihn von der Seite ein Wolf an, grub die Zähne in den dicken Pelz des linken Arms und riß den Jäger nieder. Der hieb ihm den Lauf in die Schenkel und drückte ab. Der Schuß sprengte dem Wolf den Schädel. Doch schon griff den verzweifelt kämpfenden ein neuer Feind im Rücken an und riß die Fellen aus dem Pelzmantel. Michot warf sich herum und jagte dem Tier zwei Schüsse in den Kopf. Drei Meter vor der Hüttenüröffnung lagen zwei Wölfe zugleich über den Jäger her; den einen schoß der Kanadier mit der letzten Kugel nieder, dem anderen schrie er den Lauf durch das Auge ins Gehirn.

Da hatte Michot die Türflanke in der Hand; er öffnete. Er fiel in die Hütte, denn ein Wolf warf sich auf seinen Rücken und verbiß sich in den Kragen seines Pelzmantels. „Die Tür! Die Tür!“ war der einzige Gedanke des Jägers. Er jette sich und das Tier in das Innere der Hütte und mit übermenschlicher Anstrengung warf er die schwere Tür ins Schloß. Polternd rannte das Rudel gegen die Bohlen. Die aber hielten den Ansturm aus.

In der Hütte war es vollständig dunkel. Michot sah nur

Rundfunk-Programm

Rundfunk Leipzig (Welle 365,8), Dresden (Welle 204).

Dienstag, 31. Januar, 18.30: Deutsche Hausmusik. (Musik: C. Groß (Gebrauch), E. Bismann (Friede), Dr. S. Katz-Cler (Kunstharmonium), Klavier: F. Sammler. * 18.05: Frau Dr. Ullrich-Berg: Von Doppeldecker der Frau. * 19.00: Prof. G. Wilkowitz: Der Ausdrucksroman. * 19.30: Dr. Behr: Einführung der deutschen Wölfe in die allgemeine Geschichte der Wölfe. * 20.15: Der Mensch in der Weltgeschichte. (Musik: G. H. Koch (Musik), Kreis, Simon-Drepper, Dir. Dr. Duse, Vertikale, Leonoren-Quartette. — St. Jurek: Die Wellenlinie von Waterloo. — Hünner: Valeriana. — St. Grohmann: Der Grotto (Musik). — Smetana: Wald. * 22.00: Berichte. * 22.30: Langschiffahrt. * 22.45: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Dienstag, 31. Januar.

Berlin Welle 484 und ab 20.30 Welle 1250. 12.30: Die Vorträge für den Landwirt. * 15.30: Dr. Siegfried Kauer: Aus der Schulzeit großer Männer. * 16.30: Muffel von James Joyce. Vortrag und Besprechung: Erich Franzen. — Danach: Langschiffahrt der Kaiserin Elisabeth. — Anschließ.: Werbenachrichten. * 18.10: Fußball bei Ilse im Sportpalast, Sonnabend, den 4. Februar (Werbertrag). * 18.30: Der Sternhimmel im Monat Februar (Prof. Dr. Ad. Marcuse). * 19.00: Fern. Michaelis, I. Vorsitzender des Bundes d. Tierfreunde Deutschlands G. B. Tierkunst, eine Kulturpflicht. * 19.30: Dr. Wolke, Hoffmann-Barnack: Arbeitsstätten in der Dichtung (Von Jodanis und Kesselsträumen). * 20.00: Dr. Hans Kowald, Sönke von der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsbeamten Groß-Berlin: Gesundheitslehre (Schulung und Sozialversicherung). * 20.30: Prof. Dr. S. Friedenthal: Menschenkunde und Menschheitskunde (Die Epoche der Barbarei). * 21.00: Salkentanz. Lette Leonhard (Soprano). Am Flügel: Walter Hirschberg; Prof. Nicolai Graubard (Cello), Bruno Seidler-Winkler (Klavier).

Deutsche Welle 1250.

9.00: Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft. * 12.00—12.30: Französisch für Schüler. * 14.30—15.00: Klavierstunden: Von Schillerschwänzen, Goldfischen und Aquarien. * 15.35—15.40: Wetter- und Hörsenderbericht. * 16.00—16.30: Himmelsbeobachtungen mit blohem Auge. * 16.30—17.00: Die Banklust des Barock. * 17.00—18.00: Nachmittagskonzert Leipzig. * 18.00—18.30: Grundlagen des technischen Zählens und Tabellenrechnens. * 18.30—18.55: Spanisch für Anfänger. * 18.55—19.20: Die Geschichte der Demokratie bis zum Weltkrieg. * 19.20—19.45: Sammeln von Graphit. * 20.30—21.00: Prof. Hans Friedenthal: Menschenkunde und Menschheitskunde (Die Epoche der Barbarei). * 21.00: Solifonsonett. Mitwirk.: Lette Leonhard (Soprano), Prof. Nicolai Graubard (Cello). — Anschließ.: Pressnachrichten.

Stettin Welle 236.

Berliner Programm bis 18.10. * 18.30: Prof. Dr. Behrmann, Stargard: Geschichte Rommers. * 19.00: Berliner Programm bis 20.30. * 20.30: Falschschiffahrt. Salonkapelle. Leitung: Fern. Scheibenhof. Wifela Märmann (Soprano). Parodie am Flügel: Lajos Szendy vom Trocadero, Stettin; Karl Zenl vom Trocadero. — Anschließ.: Wetterdienst, Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Sportnachrichten.